

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4
Fernsprecher: Amt F 7 Jannowitz 6191

Berlin, den 16. Juli 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Gewaltiger Wahlauftakt des G.V.

Die bevorstehenden Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 können in ihrer ungeheuren Bedeutung für die Gewerkschaften gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Niemand kann in diesem Kampf neutral bleiben; denn im höchsten Maße stehen die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse aller unserer Mitglieder auf dem Spiel. Das haben unsere Kollegen an allen Orten erkannt, und so nehmen sie denn auch in den größeren Städten Deutschlands Stellung zu den Wahlen durch besondere Propaganda-Veranstaltungen. Wir können natürlich nicht über alle diese einzelnen Versammlungen berichten, möchten aber an dieser Stelle, einmal abweichend von der Regel, die wundervolle Kundgebung unserer Berliner Kollegen hier kurze Revue passieren lassen.

In den dichtgefüllten Räumen des „Clou“ waren wohl gegen fünftausend Kollegen-Funktionäre des Gesamt-Verbandes — am 7. Juli 1932 zusammengeströmt. Mit schneidiger Marschmusik des Reichsbanners wird die Veranstaltung eröffnet. Nach dem feierlichen Einmarsch unserer Jugendgruppen und der zahlreichen Fahmenträger gibt Kollege Ollersdorf kurz den Zweck der Kundgebung bekannt; dann spricht Martha Johnson:

Aufzug!

Don Georg Heinrich.

Des Dritten Reiches Raubgesindel zeigt
— bezahlt von dunklen Hintermännern — seine Krallen.
Durch euren Zwiespalt habt ihr's selber großgezüchtet.
Ein Feigling, wer noch länger dazu schweigt!
Wie lange laßt ihr euch den Spuk gefallen?
Schafft Raum um euch und das Gesicht flüchtet!
Es flüchtet, türmt! Ihr braucht es nur zu wollen
und einig eure Faust zum Schlag erheben,
so wie ihr früher es gekonnt.
Dann ist es aus mit Mord und Körperrollen.
Frei woll'n wir sein, wie Menschen wieder leben,
heraus zum Kampf: Eiserner Front!

Als erster spricht der Presse-Chef des Berliner Polizeipräsidiums, Dr. Haubach: Fast könnte man sich fragen, ob wir denn in Deutschland in einem Narrenhause sind angesichts der politischen Dinge, die uns umgeben. Es hat gegenwärtig wenig Sinn, all die Not und das Elend unserer Zeit zu schildern, da es ja von jedem einzelnen empfunden wird. Wichtiger ist die Frage: wie kommen wir aus diesem wirtschaftlichen Chaos heraus? Etwa mit der Papen-Regierung der Adligen und Junker, die doch nichts weiter ist als allerschlimmste preußische Vergangenheit? Daran kann gewiß kein Kollege glauben. Aber auch die Blut- und Heßreden Goebbels, Hitlers und Fricks sind nicht da-

zu angetan, eine Lösung der wirtschaftlichen Wirrnisse unserer Zeit zu bringen. Die übel beratene Reichsregierung, ebenso der übel beratene Reichspräsident haben nicht gut daran getan, das Uniformverbot aufzuheben; denn von diesem Tage an ist der Mord hundertfach in Deutschland wieder eingezogen. Diese Feststellung ist unbestreitbar. Die Verantwortung dafür hat die Regierung. Aber alle Drohungen von Seiten der Naziführer können uns nicht einschüchtern. An dem Tage, wo sich die Nationalsozialisten ein Recht auf die Straße anmaßen, ist das Notrecht für die gesamte Bevölkerung gegeben. Und in dem Augenblick, wo wir dieses Notrecht für uns in Anspruch nehmen, gibt es keine SA. mehr in Deutschland!

Wir Sozialisten hatten gehofft, daß wir mit geistigen Waffen die Welt zum Sozialismus bringen würden und nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren. Wir sind auch heute noch bereit, uns mit geistigen Waffen mit unseren Gegnern auseinanderzusetzen. Und darum ist es notwendig, daß das stolze Wort Sozialismus wieder deutlich in den Vordergrund unserer Agitations- und Aufklärungsarbeit gestellt wird. Heute spricht Hitler von „sozialer Mißwirtschaft“, heute, da Millionen Menschen kein Brot haben und auf der anderen Seite Nahrungsmittel in den Scheuern verderben. Das ist keine sozialistische Wirtschaft, sondern das ist Kapitalismus! Viele Menschen haben nur ungenügend Kleider auf dem Leib und hunderttausend Textilarbeiter haben nichts zu tun und möchten gern arbeiten. Ist das Marxismus? Nein, das ist der Kapitalismus! Millionen hausen in elenden Höhlen und schlechten Wohnungen und hunderttausende von Bauarbeitern möchten gern tätig sein. Sie müssen feiern: **Das ist der Kapitalismus!**

Es ist das Verdienst des Gesamt-Verbandes, daß er der erste war, der die Forderung aufstellte: Der Wirtschaftsbetrieb gehört der Öffentlichkeit und nicht dem einzelnen. Seit Jahren ist der Gesamt-Verband führend vorgegangen, um die Bedeutung der öffentlichen Betriebe festzustellen. Heute reden Unternehmer und Nationalsozialisten gemeinsam gegen die öffentlichen Betriebe, und doch sind diese trotz aller Not der Zeit gesünder als alle privaten Betriebe, insbesondere wenn man bedenkt, wieviel aus der öffentlichen Wirtschaft noch für sozialpolitische Zwecke geleistet werden muß. Die öffentlichen Betriebe sind in Deutschland billiger, zweckmäßiger und leistungsfähiger als die Privatbetriebe. Das haben gerade die letzten zehn Jahre bewiesen. Die öffentliche Kommunalwirtschaft in Deutschland hat manches geschaffen, auf das wir stolz sein können. Ja sie ist die beste Wirtschaftsleistung in der ganzen Wirtschaftsgegeschichte Europas. Es sind Sportplätze, neue

Parks geschaffen worden, Freibäder und vieles andere. Allerdings, zu diesem „Marxismus“ bekennen wir uns mit Begeisterung; denn die Folgen sind an wenigen Ziffern klar zu erkennen. In Berlin starben 1913 an Tuberkulose 18,4 Proz., während 1932 die Quote nur noch fast die Hälfte, nämlich 9,4 Proz. beträgt. Es wird auch viel gegen die Krankenkassen und ihre Bauten getobt. Aber 1913 war der durchschnittliche Krankenbestand 7,6 Proz. der Bevölkerung, 1932 ist er auf 3,6 Proz. gesunken. Das ist eine beispiellose Leistung unserer gesamten Sozialfürsorge, die wir in erster Linie geschaffen haben. Die heutige Generation wächst freier und gesünder heran trotz dieser Notzeit. Das haben wir immerhin in 13 Jahren der Republik geschaffen. Und wenn man sagt, es geht ein System zugrunde, so ist es das System des Kapitalismus, das kaputt ist und durch den Sozialismus abgelöst werden muß.

Und nun ein Wort zu den kommunistischen Arbeitern: **Wir wollen die Einheitsfront!** Wir sagen zu den Genossen und Kollegen: Gib mir die Hand, wir wollen mit dir kämpfen! Das haben wir schon vor zwei Jahren vorgeschlagen. Und es ist ein wenig bedrückend, daß man erst dann zur Mutter läuft, wenn man Ohrfeigen auf der Straße bekommt. Mehr denn 13 Jahre schmachvollen Bruderkrieges hat die deutsche Arbeiterschaft hinter sich. Wir wollen einen Strich ziehen. Voraussetzung ist, daß auch die KPD-Genossen das tun. Die Frage der Einheitsfront ist ganz einfach: **Ihr unterlaßt jeden Angriff auf uns; wir wollen das gleiche tun!** Aber der Einheitsgedanke ist ein heiliger. Wer glaubt, damit Privatgeschäfte zu machen, dem schlagen wir auf die Finger. Wollt ihr die Einheitsfront, so verbietet der „Roten Fahne“ so schmachvolle, heizerische und innerlich unwahre Äußerungen wie in den letzten Tagen, just da der „Dorwärts“ verboten ist. Gewiß, ihr seid anderer Meinung über manche politischen Vorgänge der Vergangenheit, wie wir auch anderer Meinung sind über eure Taktik und Einstellung, aber wir brauchen jetzt nicht darüber zu streiten. Es geht natürlich nicht an, daß die einen schweigen und die andern reden. Wir lassen kein Schindluder treiben mit der Arbeiterklasse.

Die Einheitsfront ist die Eiserne Front!

Wer glaubt, daß man uns von unseren Organisationen trennen könnte, der irrt sich.

Jetzt hat das ganze Volk zusammenzustehen. Jeder Schaffende muß Gegner des Faschismus sein! Der Faschismus wird geschlagen am 31. Juli, weil es die Eiserne Front so will. Und wenn man uns von jener Seite mit Gesangbuchwerfen kommt, so antworten wir mit Luther: „Und wenn die Welt voll Teufel wär... das Reich muß uns doch bleiben!“

* * *

Es folgt die feierliche Weihe des Sturmbanners, die Kollege Oltersdorf vornimmt. Stehend wird dazu gesungen: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit.“ Martha John spricht den Weihepruch von Kollegen Oltersdorf:

Zur Weihe der Fahne.

Sturmfahne des Kampfes — rotes Fanal —
Weihe voran, ein leuchtend Signal!

Was unsere Väter mühsam erstritten,
Wofür sie gedurbt — gehungert — gelitten,
Wofür das Blut unserer Brüder geflossen,
Lasset uns kämpfen und siegen — Genossen.

Brüder, zerschlägt die Sessel und Throne
Der Volksverräter — der Hitler-Barone,
Sie pressen den Armen, um den Reichen zu schonen
Und geben den Großen Industriezsubventionen.

Das Mahnen Karl Marx' — Engels' — Bebel's — Cassalles
Proletarier — eine uns — überall.
Zum Schwur hoch die Hände, die Herzen empor,
Kampf dem braunen Faschistenterror.

Sturmfahne des Kampfes, du Zeuge der Zeit,
Führ uns zum Siege, zur Einigkeit!

Und nun folgt die Ansprache unseres Kollegen Anton Reihner: Das neue Sturmbanner soll uns voranleuchten im Kampf, den die deutsche sozialistische Arbeiterschaft führen muß gegen die Mächte der Reaktion und ihre Schützlinge: Faschismus, Nationalsozialismus! Ueber Nacht haben wir eine neue Reichsregierung bekommen. Sie hat sich dem deutschen Volk mit einer Regierungserklärung vorgestellt, darin sind die besten Stichworte für diese Wahl enthalten. Denn sie machen die Kampffront klar. Wir wissen sehr wohl, diese Regierung der adligen Herren ist eine Regierung der „nationalen Konzentration“. Sie wäre nicht möglich gewesen, ohne das Anwachsen der Nazibewegung! Es besteht eine innige Seelenverwandtschaft zwischen der Nazi-Partei und der Papen-Regierung. Der deutsche Faschismus wird nicht geführt von Männern aus dem Arbeiterstande.

Welche Verheißungen sind nun dem deutschen Volke gemacht worden? Die Mitglieder der Gewerkschaften werden aufgehört haben, als sie die Erklärung der neuen Regierung hörten, die nichts anderes ist als eine offene Kampfansage an die Arbeiterschaft. Das Wort von dem „Staat als Wohlfahrtsanstalt“ wird unvergessen bleiben. Es wendet sich mit scharfer Spitze gegen all das, was sich die Arbeiterschaft in langen Kampfzeiten errungen hat. In wenigen Regierungswochen hat uns die Papen-Regierung bereits mit fünf neuen Notverordnungen „beglückt“. Dabei ist die vom 14. Juni 1932 für uns als Gewerkschaftler von außerordentlicher Bedeutung, weil darin ein scharfer Angriff gegen die Arbeiterschaft gerichtet wird. 1½ Milliarden Mark werden den arbeitenden Schichten des deutschen Volkes entzogen, und wenn die Nazis davon gesprochen haben, daß sie den Klassenkampfsgeist verabscheuen, so sage ich: Was die von Hitler tolerierte Regierung getan hat durch Kürzung aller Renten und Kürzung der Arbeitslosenunterstützung ist der brutale Klassenkampf von oben!

Das soll und muß unser Volk begreifen. Aber der Hakenkreuz-Heiland hat keinen flammenden Protest eingelegt gegen diese Notverordnungen. Die Nazis müssen schweigen und es dulden, weil sie einen Pakt abgeschlossen haben mit der Regierung, wenn sie das auch leugnen. Seit einem Jahrzehnt haben die Nazis gerufen: Deutschland erwache! Sie wollten einen „Systemwechsel“. Ich frage euch: Ist das ein neues, freies, junges Deutschland? Es ist kein neuer Geist, sondern es ist nichts anderes als der Versuch, verstaubte Museumsfiguren zum Leben zu verhelfen. Robespierre hat einmal den Begriff Volk und Nation auseinandergesetzt. Der Begriff „Nation“ bedeutet für gewisse Leute Bevorzugung, und das „Volk“ sind die Unbemittelten und die andern.

Die Nazis und die Junker-Papen-Regierung wollen den Stand mit den Vorrechten. Wir stehen stolz zum Volk, zur Arbeiterklasse. Und wenn jemand in Deutschland glaubt, daß es möglich wäre, das millionenstarke schaffende Volk unter die Herrschaft des Zwanges zu stellen, so ist er auf dem Holzwege. Die Nazis haben von „sterbendem Marxismus“ gesprochen. Sie werden am 31. Juli 1932 ihr blaues Wunder erleben. Bei den Nazis ist freilich alles braun: Braune Häuser, braune Armeen, Hitler aus Braunau, in Braunschweig haben sie die Regierung; da wollen wir sie am Wahltage mit soviel Stimmzetteln zudecken, daß ihnen braun und blau vor Augen wird.

Wenn wir den Interessen des deutschen Volkes dienen wollen, so ist es richtig, in gutem Sinne international zu sein. Die Reparationsfrage wäre längst entschieden, wenn die Arbeiterparteien aller Länder die Regierungsmacht in Händen hätten. Unser Karl Marx ist es gewesen, der die treffliche Parole ausgegeben hat: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Es ist ein ungeheuer schwerer Kampf, den wir zu führen haben. Er kann mitbestimmend sein für das Schicksal Eu-

ropas. Darum ist es erfreulich, daß auch die Proletarier Spaniens und anderer Länder bereit sind, uns ideell und materiell in diesem Kampf zu unterstützen.

Diese Demonstration ist ein Beweis, daß wir die geschichtliche Bedeutung des bevorstehenden Kampfes begriffen haben. Unser Symbol bleibt die Eiserne Front und der Kampfruf: „Freiheit!“ Deutschland und das deutsche Volk kann leben ohne Freiherren, aber es kann nicht leben, insbesondere die sozialistische Arbeiterschaft kann nicht leben ohne Freiheit! Wir führen unseren Kampf nicht nur im Zeichen der Demokratie und der Republik, sondern um das Leben der Arbeiterbewegung in Deutschland. Laßt die Hämmer der Eisernen Front niedersausen auf das Schandmal des Hakenkreuzes. Fort mit den Hitler-Parolen.

Es lebe das deutsche Volk! Es lebe die Freiheit!

Mit erhobener Faust rufen fünftausend Versammelte:

Freiheit! Freiheit! Freiheit!

Martha John spricht:

Drei Pfeile!

Drei Pfeile fliegen gleiche Bahn,
Sie stoßen vor, sie greifen an,
Der erste Pfeil heißt Einigkeit
Und spricht: Trefft gut und seid bereit!

Der zweite Pfeil heißt Disziplin
Und spricht: Den Feind, wir schlagen ihn!
Der dritte Pfeil Aktivität
Spricht: Vorwärts, ehe es zu spät!

Drei Pfeile sausen, lichtbesont,
Ihr Bogen ist die Eiserne Front.
Den ersten Pfeil schießt die Partei,
Gewerkschaft, das ist Schütze zwei,
Reichsbanner und der freie Sport
Den dritten Pfeil schießt lobernd fort.
Es ist der Feind für alle gleich:
Das Hakenkreuz, das Dritte Reich!

Beflügelt von des Volkes Zorn
Drei Pfeile fliegen kühn nach vorn!
Ein jeder spricht: Es ist genug,
Genug mit Lug und Volksbetrug!
Drei Pfeile, scharfgeschliffnes Erz,
Sie treffen unsern Feind ins Herz!
Drei Pfeile sausen ihre Bahn...
Herbei! Stoßt vor! Greift an! Greift an!

Mag Barthel.

Nach einem knappen und schneidigen Appell des Kollegen Oltersdorf und dem Ausmarsch der Fahnen- und Bannerträger wird die glanzvolle Veranstaltung geschlossen.
ed.

Macht dem braunen Spuk rücksichtslos ein Ende!

Der Vorstand des ADGB. erläßt folgenden Aufruf an die

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Millionen deutscher Arbeiter haben im Weltkriege für die Freiheit unseres Volkes gekämpft. Hunderttausende haben ihr Leben geopfert. Hunderttausende sind zerschossen, als Krüppel, in die Heimat zurückgekehrt. Ihre Frauen, ihre Töchter haben als Arbeiterinnen in der gleichen Notzeit in den Fabriken die verwaisten Plätze ihrer Väter, Brüder und Söhne ausgefüllt. Sie alle arbeiteten, kämpften und starben in der Hoffnung auf ein freieres Deutschland.

Alle diese deutschen Männer und Frauen haben Gut und Blut für Deutschland eingesetzt. Sie haben mehr für die Einheit unseres Staates und den Aufbau einer neuen Lebensordnung des Volkes geleistet, als sich irgendeine deutsche Regierung rühmen kann.

Gestützt auf diesen beispiellosen Opfermut haben die Führer der deutschen Arbeiterschaft in den schwersten Stunden der deutschen Geschichte den Kampf gegen außenpolitische Unterdrückung auf sich genommen und die Grundlagen des sozialen Volksstaates geschaffen. Es ist eure geschichtliche Tat, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, daß das Deutsche Reich nicht zerfallen, daß seine Einheit gerettet worden ist.

Trotzdem wagt es eine deutsche Partei, die erst entstand, als die größte Gefahr vorüber war, Euch als Verräter an der deutschen Sache zu verleumden. Sie erdreistet sich, tagtäglich in ihrer Presse und in ihren Versammlungen gegen Euch eine hemmungslose Lügenhetze zu entfalten, nur weil Ihr Sozialisten, nur weil Ihr Gewerkschaftler seid.

Unter denen, die diesen Lügenfeldzug führen oder abgedroschene Phrasen gedankenlos nachschwätzen, sind Viele, die nie die Front gesehen, geschweige denn im Trommelfeuer gelegen haben, sind Viele, die sich in der Heimat herumdrücken, sind Unzählige, die noch in den Kinderschuhen staken, als Ihr im Schlamm der Schützengräben und in Granatlöchern aushieltet.

Alle diese Heimkrieger und Maulhelden, Leute wie Frick, Kube, Goebbels und Konsorten, haben die freche Stirn, die Sozialdemokratie als die „Partei der Deserteure“ zu beschimpfen. Und die gleiche Regierung, die wegen jeder angeblichen Kränkung der Ehre ihrer Kabinettsmitglieder den ganzen Machtapparat des Staates in Bewegung setzt, hat noch nie etwas unternommen, um die Ehre dieser Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen gegen ihre erbärmlichen Verleumder zu schützen.

Eine Regierung, die diesen bewußten Lügen nicht entgegentritt, duldet die Entehrung des Volkes, an dessen Spitze sie steht. Sie ist nicht abgerückt von denen, die seit Jahren den Geist des Bruderhasses in unser Volk hineintrugen.

Die jetzige Regierung gilt als der Wegbereiter des Dritten Reiches, Hitler als ihr heimlicher Chef. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr alle wißt, was das bedeutet!

Das Dritte Reich Hitlers übertrumpft den alten Obrigkeitsstaat. Es ist der Zuchthausstaat, der selbst in den schlimmsten Jahrzehnten der Sozialistenverfolgung nie auf deutschem Boden bestanden hat. Die nationalsozialistischen Führer wollen in einem Deutschland rechtloser Sklaven die Herren sein. Sie verachten das Volk. Deshalb soll es nichts zu sagen haben. Sie sind bei ihrem Anhang an Kadavergehorsam gewöhnt. Darum nennen sie Euch „Untermenschen“. Trotzdem buhlen sie um eure Stimmen. Der Freiheitskampf der Arbeiterklasse soll durch Blutjustiz erstickt, die verfassungstreue Polizei beseitigt werden. Der feige Terror gegen die Arbeiterschaft, heute bei Nacht und Nebel ausgeübt, soll der Braunen Polizei von Amts wegen übertragen werden. Den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wird die karge Rente gekürzt. Die SA. marschiert in neuen Uniformen. Den Gewerkschaften soll die Kampffreiheit geraubt, die jugendlichen Arbeiter sollen in die Zwangsjacken der Arbeitsdienstpflicht gesteckt und für das Dritte Reich gedrillt werden. Die SA.-Führer wollen die Zuchtrute über die deutsche Jugend schwingen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, macht diesem braunen Spuk rücksichtslos ein Ende, schließt Euch zusammen in der eisernen Abwehrfront. Die Armeen des Dritten Reiches müssen an Euren festgefühten Formationen zerschellen. Duldet keine Zersplitterung Eurer Kräfte. Fort mit den Nörglern und Kleingläubigen!

Aktivität! Jeder Einzelne sei ein Kämpfer!

Disziplin! Geschlossener Einsatz aller Kräfte!

Einigkeit! Eiserne Front des arbeitenden Volkes gegen alle Soldknechte des Kapitals!

Euer der Sieg! Freiheit! Wählt Liste 1

Parlament der Bedarfswirtschaft

Dom 6. bis 8. Juni fand in Jena der 29. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine statt. In seiner Eröffnungsrede äußerte sich der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Heinrich Lorenz, u. a. kritisch zu den Ursachen der Krise, als die er Ueberfremdung der Betriebe, Ueberproduktion und Fehlleitungen des Kapitals angab. Er wandte sich dagegen, daß die ohnehin schon geringe Kaufkraft des werktätigen Volkes noch weiter herabgedrückt wird. Zur Wahrnehmung ihrer Interessen würden die Genossenschaften unbeschadet ihres Grundgesetzes der religiösen und politischen Neutralität zwischen ihren Gegnern und den ihnen freundlich gesinnten Parteien und Körperschaften selbstverständlich einen Unterschied machen. — Ueber Entwicklung und Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung berichtete Klepzig. Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung werde von einem Fünftel des Volkes getragen. Die Mitgliederziffer betrug Ende 1931 2,94 Millionen Haushaltungen und verringerte sich bis zum 31. März 1932 auf rund 2,9 Millionen, war also an diesem Tage größer als zu Beginn der Weltwirtschaftskrise. Der Umsatz sank von 1212 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 1047 Millionen Mark 1931, das sind 13,5 Proz. Im ersten Vierteljahr 1932 verringerte sich der Umsatz gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 24 Proz. Der Umsatzrückgang ist auf Preisermäßigungen zurückzuführen. Ihm steht eine mengenmäßige Umsatzvermehrung für die meisten Bedarfsgüter gegenüber. Die Spareinlagen der Konsumgenossenschaften verminderten sich 1931 von 406 Millionen Mark auf 319 Millionen. In den ersten drei Monaten 1932 trat eine Senkung des Spareinlagenbestandes um 18 Millionen ein. Hugo Bäßlein-Hamburg wies in seinem Referat über „wirtschaftliche Angelegenheiten“ u. a. darauf hin, daß die Ausnahmeumsatzsteuer restlos bestehen geblieben ist. Der Reichsfinanzminister habe von seiner Befugnis, diese Steuer aufzuheben, wenn dadurch eine Preisverbilligung erzielt würde, keinen Gebrauch gemacht, obwohl die Konsumgenossenschaften in den Verhandlungen Vorschläge zur Preisverbilligung machten. Der Preiskommissar hat bei den Genossenschaften des Zentralverbandes nicht in Aktion zu treten brauchen. Dem arbeitslosen Genossenschaftler werde das Brot besonders besteuert. Die immer wieder behauptete Steuerfreiheit der Konsumvereine sei Lug und Trug. Die Steuerleistung der dem Zentralverband angeschlossenen Genossenschaften betrug 1929 19 846 275 Mk., 1930 26 770 603 Mk. und 1931 32 282 079 Mk. Ein schreiendes Unrecht sei die Steuerfreiheit des Sparrabatts für den Privathandel und die Besteuerung des Sparrabatts der Konsumgenossenschaften durch Körperschafts-

Kapitalertragssteuer. Besonders temperamentvoll polemisierte der Redner gegen die Sondergewerbesteuer in Thüringen, die sogar von der Bevölkerung der Glendgebiete des Thüringer Waldes, die zu 75 Proz. den Genossenschaften angehört, aufgebracht werden muß. Ebenso wandte er sich gegen die Zollpolitik. Die Bedeutung

der Konsumgenossenschaften für die deutsche Agrarwirtschaft unterstrich der Redner mit dem Hinweis darauf, daß die Genossenschaften für mindestens 125 Millionen Mark deutsche landwirtschaftliche Produkte gekauft haben. Dem Tenor der Vorstandsberichte entsprachen zwei Entschlüsse gegen das Steuerunrecht, gegen die Auswüchse der Zollpolitik und Autarkiebestrebungen. Allein in der Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen liege die wohlverstandene Pflege des Binnenmarktes. Bezeichnend für die kommunistische Opposition ist, daß sie gegen die Entschlüsse stimmte. Ueber internationale genossenschaftliche Angelegenheiten sprach Klepzig. Der Internationale Genossenschaftsbund umfaßt 65 Millionen Mitglieder. Mehr als 200 Millionen Erdbewohner könnten als mittelbare und unmittelbare Anhänger der Genossenschaftsbewegung gelten. An Stelle des wegen Krankheit ausscheidenden August Katsch wurde der frühere baltische Staatspräsident Dr. Adam Remmele in den geschäftsführenden Vorstand des Zentralverbandes gewählt. Die Abrechnung von 1931 und der Dorananschlag von 1932 wurden gegen ganz wenige Stimmen genehmigt. — Im Anschluß an den Genossenschaftstag trat die Generalversammlung der GGG zusammen, der im Geschäftsbericht des Vorstandes die Bilanzsumme des Jahres 1931 mit 197,59 Millionen Mark (43 Millionen Mark weniger als im Vorjahre) ausgewiesen wurde. Die verfügbaren Mittel beliefen sich auf 64,4 Millionen Mark. Die Warenbestände erhöhten sich gegenüber 1930 um 4 Millionen Mark auf 26,2 Millionen. Die Debitoren umfaßten 33 Millionen Mark. Das Stammkapital blieb mit 25 Millionen Mark unverändert. Die Reserven erhöhten sich um 3,4 Millionen Mark auf 25,2 Millionen, die Hypotheken steigerten sich um 2,6 Millionen auf 10,5 Millionen Mark. Die Bank-einlagen gingen um 57,3 Millionen

auf 95,5 Millionen Mark zurück. Die Kreditoren blieben mit 28 Millionen Mark in gleicher Höhe des Vorjahres. Der Ueberschuß betrug 2,2 Millionen gegen 4,4 Millionen Mark im Vorjahre. In den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahres zeigte sich wertmäßig gegenüber dem Vorjahr ein Umsatzrückgang von 19,23 Proz. von 170,4 Millionen Mark auf 137 Millionen Mark. Mengenmäßig ist der Rückgang prozentual nur gering.

Herunter mit der Maske vom Nazi-Gesicht!

Die Nazis leben von der Vernebelung der Köpfe. Sie sind dunkle Gesellen, die nur im Trüben fischen können. Wenn die Dinge klar gelegt werden, sind sie bald mit ihrer Weisheit zu Ende. Darum ist es unsere Aufgabe, immer wieder die Schleier von schwülstigen Phrasen zu zerreißen und die Nazis dem ganzen Volke als das zu zeigen, was sie von jeher waren, was sie heute sind, und was sie für immer bleiben werden.

Das ist gar nicht schwer. Wir müssen nur Tag für Tag im Betrieb, vor den Arbeitsämtern, im Wirtshaus all denen, die noch immer das Heil vom Dritten Reich erwarten, ein paar Fragen vorlegen. Wir müssen sie fragen:

Wie kommt es, daß sich zu dieser Partei, die angeblich sozialistische und eine Arbeiterpartei ist, gerade die Reichsten der Reichen, die Scharmacher und Ausbeuter hingezogen fühlen?

Warum grüßt der Großkapitalist Thyssen den Führer dieser Arbeiterpartei mit dem Rufe „Heil Hitler“? Warum sendet diese Partei nur ganz wenige Arbeiter in die Parlamente? Warum vertraut sie die Vertretung von Arbeiterinteressen einer auserwählten Schar von Prinzen, Grafen, Baronen, Großgrundbesitzern, Fabrikanten, Generalen an?

Warum schreibt der „Völkische Beobachter“ am 22. August 1931

„Der politische Führer Deutschlands soll den Tarifstaat zerschlagen?“

Warum rufen die Nationalsozialisten das Volk nicht auf zu Massensturm gegen die Hungernotverordnungen der Baronsregierung?

Warum nimmt diese Arbeiterpartei von Industriellen (Mutschmann) und Großagrariern (Freiherr von Butler-Venedien) Geld?

Womit bezahlen die Hitler und Goebbels ihre Luxusautos?

Warum müssen sie in Zeiten solcher Not sich ausgerechnet die teuersten Automobile anschaffen?

Warum sieht man vor den Versammlungssälen der SPD. keine Luxusautomobile, warum sieht man sie in Mengen vor den Versammlungslokalen der Nazis?

Warum überfallen die SA.-Banden immer nur Arbeiter?

Wann ist die SA. jemals gegen die Kapitalisten gegangen?

Wovon bezahlt Hitler die Kasernen und das Essen für die SA.? Wovon bezahlt er ihre Löhne, ihre Uniformen?

Warum geben ihm die Kapitalisten Geld dafür?

Das, Gewerkschaftskollegen, Arbeitersportler und Freunde, fragt sie jeden Tag! Es wird nicht lange dauern, und sie werden euch die Antwort schuldig bleiben.

Sie können auf diese Frage nicht ehrlich antworten, denn sie sind eben die ausgehaltenen Kettenhunde des Großkapitals.

Indeziffer und Existenzminimum

II. (Schluß)

Die reichsamtlichen Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich vom Jahre 1907 gewährten erstmalig einen kleinen Auschnitt über die Lebenshaltung der minderbemittelten Volksschichten. Bemerkenswert sei, daß die Ergebnisse vom Jahre 1907 die Gestaltung des Indezschemas stark, wenn nicht ganz beeinflussten, freilich nur, soweit es sich um die Arbeiterhaushaltungen handelt, die in den Erhebungen von 1907 61,2 Proz. (522 Haushaltungen von 852 insgesamt) darstellten. Der Rest von 330 oder 38,8 Proz. entfiel auf Haushaltungen von Angestellten und Beamten. Die Tabelle I bietet für die Gestaltung

Gegenstand	Wirtschaftsrechnungen 1907		Indez-Schema		1931 aufgestelltes Indez-Schema*) in Proz.
	Haushaltungen insgesamt (852) in Proz.	Arbeiterhaushaltungen (522) in Proz.	März/April 1922 in Proz.	Februar 1925 in Proz.	
1	2	3	4	5	6
Ernährung	45,5	52,—	53,35	54,77	56,1
Wohnung	18,0	17,—	19,15	20,35	16,1
Heizung und Beleuchtung	4,1	4,3	4,36	5,55	5,4
Kleidung	12,6	11,2	10,16	10,05	10,9
Sonstiges	19,8	15,5	12,98	9,28	11,5
Jahresausgaben absolut i. Mk.	2234,02	1835,06	—	—	—

*) Dem Statistischen Reichsamt aufgestellt, jedoch bisher noch nicht angewandt. Entnommen einem Aufsatz von Hellmuth Wolff, Kölner Sozialpolitische Vierteljahresschrift, X. Jahrgang 1931, Heft 4.

Tabelle I

bzw. Entwicklungsrichtung des Indezschemas ein anschauliches Zahlenbild. Die Spalte 2 zeigt infolge eines höheren Durchschnittseinkommens für Ernährung einen prozentualen Anteil von 45,5 Proz. Dazu sei ganz grundsätzlich gesagt, daß diese Quote als Maximalhöhe für Ernährungsausgaben festgehalten werden sollte, auch für die Arbeiterhaushaltungen und das vom Standpunkt der Kaufkraft der Massen, also vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt aus. Bei Spalte 3, Arbeiterhaushaltungen, ist die Ernährungsquote infolge der um 398,96 Mk. oder 17,9 Proz. geringeren Ausgaben als in Spalte 2 mit 52 Proz. nachgewiesen. Jede weitere Erhöhung der prozentualen Ernährungsquote bedeutet eine Senkung der Gesamtausgaben. Denn das Gewicht der 52 Proz., und jede weitere Steigerung muß das Gewicht erhöhen, ist derart schwer, daß die übrigen Ausgabepositionen davon bestimmt in ihrer absoluten Höhe niedrig begrenzt werden. Vom Jahre 1907 bis zum Jahre 1925 ist der Ernährungsquotient infolge seiner prozentualen Erhöhung absolut gesunken um 2,77 Punkte oder 5,3 Proz. Das neuberatene Schema sieht eine weitere Senkung um 1,3 Punkte oder 2,4 Proz. vor, so daß bei eventueller Anwendung des neuen Schemas der Ernährungsquotient gegenüber 1907 um 4,1 Punkte oder 7,9 Proz. verschlechtert sein würde. Die Tabelle II,

Gegenstand	1907		1927/28	
	Haushaltungen 522 Kopfzahl 4,6		Haushaltungen 896 Kopfzahl 4,6	
	absolut Mk.	Proz.	absolut Mk.	Proz.
1	2	3	4	5
Ernährung	955,06	52,—	1506,99	45,3
Wohnung	312,52	17,—	460,62	13,9
Heizung und Beleuchtung	77,99	4,3	120,21	3,6
Kleidung	204,67	11,2	422,86	12,7
Sonstiges	284,82	15,5	814,04	24,5
Summe	1835,06	100,—	3325,12	100,—

Tabelle II

Wirtschaftsrechnungen 1907 und 1927/28, veranschaulicht besonders deutlich, warum die Ernährungsausgaben normalerweise nicht über 45 Proz. hinausgehen dürfen. Die Position „Sonstiges“ enthält alle jene Ausgaben, die eine Familie notwendigerweise machen muß, Ausgaben, die durch den Kulturstand, ja, durch Gesetze der Volkswirtschaft bedingt werden. Man kann diese Ausgaben senken, wird aber damit zugleich alle jene Wirtschaftsgebilde, die davon gespeist werden, aus der Volkswirtschaft streichen müssen. In der Tabelle I sind beispielsweise im neuen Schema (Spalte 6) für Kleidung nur 10,9 Proz. vorgesehen, während Tabelle II (Spalte 5) nach den Haushaltsrechnungen vom Jahre 1927/28 12,7 Proz. nachgewiesen sind, also 1,8 Proz. mehr. Diese 1,8 Proz. haben aber, absolut betrachtet,

eine ungeheuer große Bedeutung und Auswirkung. Bei Zugrundelegung des in den Haushaltsrechnungen von 1927/28 für Bekleidung nachgewiesenen Betrages von 422,86 Mk. ergeben 1,8 Proz. den Betrag von 7,61 Mk. Der volkswirtschaftliche Effekt ist demnach folgender: Von den rund 15 Millionen Familien zählen 75 bis 80 Proz. zu den minderbemittelten. Eine Senkung der Bekleidungs- ausgaben um 1,8 Proz. bedeutet also, daß 12 Millionen Familien im Jahre 7,61 Mk. für Bekleidung weniger ausgeben, was rechnerisch den Betrag von rund 90 Millionen Mark ergibt und der der Bekleidungsindustrie entzogen wird. Ein Ausfall von 90 Millionen Mark löst immerhin beachtliche Auswirkung innerhalb des Wirtschaftslebens einer Industrie aus. Mit Hilfe der absoluten Ausgabenquoten der Haushaltsrechnungen lassen sich wertvolle Aufschlüsse über Produktion und Umsätze einzelner Wirtschaftszweige, ja, der gesamten Volkswirtschaft gewinnen. Die Nürnberger Methode, wie sie in den Tabellen III und IV dargestellt ist, besitzt

Bezeichnung	Gesamt- ausgaben 1914	Durchschnittliche Tagesmindest-Ausgaben im Monat März 1932 in Mk.					
		Jns- gesamt	Er- nähr- ung	Woh- nung	Heizung und Be- leuch- tung	Klei- dung Wäsche	Steuern Sonsti- ges
1	2	3	4	5	6	7	8
Alleinstehende Person	2,81	3,85	1,67	0,93	0,10	0,56	0,59
in Proz.	100	137,0	43,4	24,2	2,6	14,6	15,2
2 köpf. Familie in Proz.	3,00	4,06	1,78	0,74	0,28	0,58	0,68
in Proz.	100	135,3	43,9	18,2	6,9	14,3	16,7
3 köpf. Familie in Proz.	3,48	4,76	2,22	0,74	0,33	0,66	0,81
in Proz.	100	137,0	46,7	15,5	6,9	13,9	17,0
4 köpf. Familie in Proz.	3,96	5,68	2,89	0,74	0,41	0,73	0,91
in Proz.	100	143,4	50,9	13,0	7,2	12,9	16,0
5 köpf. Familie in Proz.	4,69	6,83	3,35	1,16	0,50	0,79	1,03
in Proz.	100	145,6	49,1	17,0	7,3	11,5	15,1

Tabelle III

den besonderen Vorzug ins einzelne gegliederter Angaben. Die Mindestausgaben stellen ein Existenzminimum dar, und zwar für eine alleinstehende Person und ferner für eine zwei- bis fünfköpfige Familie. Bemerkenswert ist, daß die Ausgaben gegenüber Januar 1914 = 100 im März 1932 (Tabelle IV) eine Steigerung von 135,3 bis 145,6 aufweisen, während die Indeziffern (Tabelle V) für das Reich 122,4, für die Stadt Nürnberg 113,6 aufzeigen. Es ist eben der jeweilige gesamte Ausgabenbedarf einer Haushaltung eine mehr umfassende Wertgröße als das konstruktiv gewonnene Meßelement einer Indeziffer, dem viele, oft stark variable Elemente fehlen. Es würde sich gewiß empfehlen, neben der Indeziffer für Lebenshaltungskosten ein dem Nürnberger Schema entsprechendes Reichs-Existenzminimum zu schaffen. Die Indeziffer besitzt als Maßstab für den Grad der Teuerung innerhalb der Volkswirtschaft immerhin einen gewissen Rang und kann diesen für das Gebiet des

Monat und Jahr	Durchschnittliche Tagesmindestausgaben in Mk. zur Lebenshaltung einer Familie von ... Köpfen im Monat März 1932				
	Allein- stehend	2 Köpfe	3 Köpfe	4 Köpfe	5 Köpfe
1	2	3	4	5	6
Januar 1914	2,81	3,00	3,48	3,96	4,69
März 1932	3,85	4,06	4,76	5,68	6,83
Steigerung 1914 = 100.	137,0	135,3	136,8	143,4	145,6

Tabelle IV

allgemeinen Teuerungsniveaus behalten. Ein Existenzminimum neben der Indeziffer hätte die Aufgabe zu übernehmen, anzuzeigen, wie hoch der Mindestausgabenbedarf einer Haushaltung auf Grund der jeweiligen Teuerung in Mark und Pfennig sich beziffert. Alle Welt spricht und fordert eine Planwirtschaft. Auf den verschiedensten Gebieten bahnt sich eine solche ganz zwangsläufig an. Erste Voraus-

Monat	Indeziffern	
	Reich	Nürnberg
März 1932	122,4	113,6
Februar 1932	122,3	113,1
März 1931	137,7	130,9

Tabelle V

setzung für eine Planwirtschaft ist die Kenntnis des Bedarfs, der in der mindesten Grenze bekannt sein muß. E. K.

Elfter Kongreß der französischen Staatsarbeiter

Der französische Verband der Staatsarbeiter tagte vom 22. bis 27. Juni in Paris. Er zählt rund 35 000 Mitglieder und hat damit sein Organisationsgebiet verhältnismäßig gut erfaßt, das sich auch auf Kolonien und Schutzgebiete wie Algier, Marokko, Tunis und Syrien erstreckt. Uebrigens bildet in der französischen Gewerkschaftsbewegung das in öffentlichen oder halböffentlichen Dienst stehende Personal das Rückgrat der französischen Gewerkschaftsbewegung. Vielleicht ist es ein Ausfluß des Individualismus, der hervorstechendsten Eigenschaft des französischen Charakters, daß jenseits des Rheins, die einzelnen Gruppen dieses Personals ihre eigenen Verbände haben. Ob dieser Zustand allerdings immer bleibt ist die Frage, die Internationale hält eine Zusammenfassung der Verbände für besser. Der größte Verband ist der der Lehrer mit über 80 000 Mitgliedern.

Während der Tagung gab es eine Reihe Verhandlungen mit den zentralen Staatsstellen. Die gleichzeitigen Verhandlungen in Lausanne und Genf spielten auch herein. Ministerpräsident Herriot empfing die Verbandsvertreter gleich nach seiner Rückkehr nach Paris, und der Kriegsminister (der ehemalige Sozialist) Paul Boncour war kaum in Paris angelangt, als er bereits die Kongreßdelegation wegen der geplanten Sparmaßnahmen zu sich beschied. Im Zusammenhang damit wurde der Kongreß um einen Tag verlängert, der Kriegsminister, in dessen Ressort 90 Proz. der Verbandsmitglieder gehören, stellte den Kongreßdelegierten einen Tag Urlaub mehr zur Verfügung. Die Drohung der Lohnkürzungen scheint demnach vorüberzugehen, dafür stehen aber Entlassungen in beschränkter Anzahl bevor. Die Bemühungen des Verbandes gehen nun darauf hinaus, den von der Entlassung betroffenen Kollegen anderweitig Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. In dieser Hinsicht war der Verband bis jetzt recht erfolgreich. Er kämpft bereits seit Jahren für eine innere Reorganisation in der Verwaltung und Erhaltung der Betriebe seines Bereiches. Dabei stößt er vielfach auf Widerstand, hinter dem die private Rüstungsindustrie steht. Unser Verband gehört zu den entschiedensten Verfechtern der Beseitigung der privaten Rüstungsindustrie. Bei seinen Bestrebungen konnte er mit Unterstützung unserer Internationale auch bemerkenswerte Erfolge erzielen. Es ist uns gelungen, die Förderung der Beseitigung der privaten Rüstungsindustrie als eine Kriegsgefahr sowohl bei der Abrüstungskonferenz in Genf wie bei der gemeinsamen Abrüstungs-

konferenz der sozialistischen Internationale und des internationalen Gewerkschaftsbundes zur Geltung zu bringen.

Charakteristisch für die französische Gewerkschaftsbewegung ist die Tatsache, daß sie mit Ausnahme des Buchdruckerverbandes das Unterstützungswesen nicht kennt. Es einzuführen würde bedeuten, daß die Beiträge erhöht werden müssen, die monatlich für die Hauptkasse nur 1 fr = 16 Pf. betragen. Es scheint aber, daß eine langsame Angleichung an die deutsche Bewegung sich ankündigt. Der Staatsarbeiterverband hat bereits eine Unterstützungskasse bei tödlichen Unfällen im Beruf eingeführt. Der Kongreß beschloß die Ausdehnung der Unterstützung auf alle Unfälle mit Todesfolge, also auch auf solche, die außerhalb der Arbeit erfolgen. Außerdem beschloß er die Einführung einer Streikkasse.

Nicht minder bezeichnend für die französischen Verbände ist ihre ablehnende Haltung gegenüber politischer Betätigung. Aber auch hier läßt sich eine langsame Wandlung feststellen. Die Regel ist wohl heute schon, daß die Verbandsfunktionäre auch Mitglieder der sozialistischen Partei sind. Bei der letzten Wahl, die Frankreich ja eine Linksmehrheit brachte, sprachen sich vielfach die Gewerkschaftsblätter im Sinne einer Unterstützung der Sozialisten aus, so auch das Blatt des Bezirksausschusses für Metz und Umgebung. Das letztere gab Anlaß zu einem Zwischenfall auf dem Kongreß. Ein Vertreter aus Metz kritisierte in sehr scharfen Ausdrücken diese politische Haltung. Interessant war es dabei zu sehen, mit welcher Leidenschaft die übergroße Mehrheit des Kongresses ihm widersprach. Es ist nun durchaus nicht so, als ob man die Bedeutung des Parlamentes für die Lohngestaltung nicht im Verband anerkenne. Im Gegenteil. Aber das Vorgehen des Verbandes unterscheidet sich hier grundlegend von dem eines deutschen Verbandes. Man sucht auf die Politik einzuwirken, aber nicht etwa indem man für eine einzige Partei eintritt, sondern indem man ein parlamentarisches Komitee bildet, das sich aus Abgeordneten und Senatoren verschiedener Parteien zusammensetzt. Jeder Abgeordnete kann ihm angehören, in der Mehrzahl interessieren sich aber doch nur die Vertreter der sozialistischen Partei für es. Im Laufe des Kongresses wurde dieses Komitee zusammengerufen, erschienen waren Abgeordnete, in deren Bezirk staatliche Werkstätten liegen und Staatsarbeiter als Wähler in Frage kommen. Ihnen trugen nun die Verbandssekretäre die Wünsche und Schmerzen der Staatsarbeiter vor. V. H.

Vom sozialen Verständnis bei der Mitropa

Bei einer Besprechung mit einigen Betriebsratsmitgliedern hob der erste Direktor der Mitropa, Herr Dr. Kischke, „sein soziales Verständnis für die Arbeitnehmerschaft“ mit folgenden Worten besonders hervor: „Meine Herren, wenn ich nicht ein so großes soziales Verständnis hätte, würde mich der verstorbene Verkehrsminister, Herr Oeser, nicht mit einer so wichtigen Aufgabe bei der Reichsbahn betraut haben.“ (Personalabbau.) Wie sieht nun dieses soziale Verständnis des Herrn Dr. Kischke als Direktor der Mitropa aus? In der Frage der Arbeitszeitverkürzung nimmt dieser Herr eine recht unverständliche Stellung ein. Trotz jahrelanger Bemühungen der Gewerkschaften, die tarifliche Arbeitszeit von 54 Stunden auf 48 Stunden für das gesamte Personal herabzusetzen, ist durch die einseitige Einstellung des Herrn Dr. Kischke fast nichts erreicht worden. Als im August 1931 durch Bankkrach usw. die wirtschaftliche Lage ernst wurde, wollte sich Herr Dr. Kischke ein soziales Mäntelchen umhängen. Er forderte eine Verkürzung der Arbeitszeit für das sonstige gewerbliche Personal von 54 Stunden auf 45 Stunden. Alle Bemühungen der Tarifkontrahenten (Gesamt-Verband und Zentral-Verband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten) sowie der Betriebsvertretungen, die Verkürzung für das gesamte Personal von 54 Stunden auf 48 Stunden vorzunehmen, scheiterten an dem Starrsinn des Dr. Kischke. Sein Rechenezempel ist folgendes: Das Fahrpersonal wird von uns nicht bezahlt, es verdient sich seinen Lohn durch das 10prozentige Bedienungsgeld. Dieser Teil der Belegschaft muß, wenn irgend möglich, über die 54-Stunden-Woche arbeiten. Die Mitropa spart die sozialen Abgaben, die eine

Arbeitszeitverkürzung durch Einstellungen erfordert. Beim sonstigen gewerblichen Personal stellen wir prozentual weniger Arbeiter ein als die Arbeitszeit verkürzt ist. Resultat, die Mitropa hat ein Geschäft gemacht und Dr. Kischke eine große soziale Tat vollbracht. Um den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, mußten die Gewerkschaften schweren Herzens sich bereit erklären, daß nur ein Viertel der Beschäftigten 45 Stunden und etwa drei Viertel 54 Stunden trotz der großen Arbeitslosigkeit weiter arbeiten. Noch mehr tritt diese „soziale Einstellung“ im Jahre 1932 hervor. Alle Welt beschäftigt sich mit der Frage: „Wie ist die Arbeitslosigkeit zu beheben?“ Die Mitropa ist an diese Frage auf ihre Art herangegangen. Die Löhne sind bereits bis zur Unerträglichkeit abgebaut und nun sollen die Schlafwagenschaffner, die in der letzten Zeit nur 210 Stunden monatlich gearbeitet haben, 232 Stunden arbeiten. Das sonstige Personal kann statt 45 Stunden 48 Stunden wöchentlich arbeiten. Die Mitropa hat somit die Frage, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, glänzend „gelöst“.

Dem Personal der Mitropa müssen doch nun endlich die Augen aufgegangen sein. Darum, Kollegen, gebt die richtige Antwort. Stärkt durch euren Eintritt in den Gesamt-Verband bzw. Zentral-Verband die Kampffront der Arbeiterschaft für den jetzt einfindenden Kampf gegen diese reaktionäre Einstellung. Zeigt durch euren Beitritt zu den Organisationen, daß ihr euch eine derartige Behandlung nicht mehr gefallen lassen wollt, denn nur die vereinte Kraft aller Angestellten in der Gewerkschaft kann Besserung der Verhältnisse schaffen.

F. O. K.

GEMEINDEN UND KOMMUNALVERBÄNDE

Nazis bauen Löhne ab und verlängern Die Arbeitszeit

In der Nazipresse wie auch in den bürgerlichen Zeitungen, die der NSDAP. hörig geworden sind, wird mit Behagen von den Abstimmungen im Preussischen Landtag berichtet. Bei diesen Abstimmungen ist ein Ausschüßantrag angenommen worden auf Einführung des 7-Stunden-Tages für die Staats- und Gemeindearbeiter bei vollem Lohnausgleich und entsprechender Einstellung von Erwerbslosen sowie auf Bewilligung einer Lohnerhöhung für die Staats- und Gemeindearbeiter auf den Stand der Löhne vor dem Abbau, also um etwa 35 Proz. Mit dieser Berichterstattung wird lediglich der Zweck verfolgt, für die bevorstehende Reichstagswahl unter den Gemeinde- und Staatsarbeitern Stimmung zu machen. Seitdem die Nazi-Partei im Preussischen Landtag 162 Sitze hat, und mit der 57 Sitze starken KPD. im Plenum des Landtages wie auch in seinen Ausschüssen die Majorität besitzt, ist der NSDAP. dieser Agitationsunfug möglich. Die KPD. leistet zur Herbeiführung der Majorität in solchen Fällen der NSDAP. gern ihre Unterstützung. Die Staats- und Gemeindearbeiter werden jedoch durch solche Agitationsmethoden auf das schwerste betrogen. Seit dem Erscheinen der ersten Reichsnotverordnung, die in die Tarif- und Lohnverhältnisse der Staats- und Gemeindearbeiter eingriff, führt der Gesamt-Verband den heftigsten Kampf um die Herbeiführung einer verkürzten Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, zum Zwecke der Vermeidung von Entlassungen beziehungsweise der Einstellung von Erwerbslosen sowie zur Vermeidung von Lohnkürzungen. Er fand dabei immer die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei. Die preussische Regierung Braun-Severing beschritt ebenfalls Wege, um die Durchführung der Reichsnotverordnung erträglich zu gestalten. Die Nazi-Partei hat jedoch überall dort, wo sie an der Macht war, die Arbeitszeitverkürzungen inhibiert und die Lohnkürzungen noch verschärft.

Die mecklenburg-schwerinsche Staatsregierung senkte die Löhne über die Reichsnotverordnung hinaus um weitere fünf bis zehn Prozent. Erst das Eingreifen des Gesamt-Verbandes führte zur Zurücknahme dieser landesgesetzlichen Anordnung. Die mecklenburg-strelitzsche Staatsregierung verschrieb ihr Staatskrankenhaus einer privaten Personenvereinigung, um die Löhne herabzusetzen und die Arbeitszeit zu verlängern. In den mecklenburg-schwerinschen Ämtern haben nationalsozialistische Amtshauptleute Löhne gekürzt, als sie ihr Amt antraten, Arbeitszeitverkürzungen verweigert, Arbeiter entlassen und Tarifverträge zerstückelt. Im Gebiet Schleswig-Holstein-Lübeck ist durch den Kommunalen Arbeitgeberverband, dessen Mitgliedsstädte überwiegend in dem von den Nazis beherrschten Norden der Provinz liegen, die Reichsnotverordnung über den Lohnabbau in der gewissenhaftesten Weise durchgeführt und den Vertretern des Gesamt-Verbandes, die für vernünftige Milderungen eintraten, immer wieder erklärt worden, wenn sie nicht zustimmen, wird diktiert. Den Landstrafenwärtlern im linkselbischen Gebiet des Landesarbeitsamtes Nordmark, in dem die Nazis ebenfalls stark vertreten sind, wurden die Löhne besonders stark herabgesetzt.

Überall im Landesarbeitsamtsbezirk Nordmark, wo die Nazi-Bewegung regiert oder stark beeinflusst, ist den Staats- und Gemeindearbeitern die Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich abgelehnt worden. Die Einstellung von Erwerbslosen ist unterblieben. Die Löhne sind nicht im üblichen Maße, sondern noch wesentlich stärker gesenkt worden als an anderen Orten. So sieht die Einstellung der NSDAP. aus zu den Staats- und Gemeindearbeitern an den Orten, wo sie dominieren. — Die von Nazis und Kozis im Preussischen Landtag eingebrachten und angenommenen Anträge zugunsten der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind also nur lügenhaftes Blendwerk. Außerdem sollen mit diesen Anträgen der geschäftsführenden preussischen Staatsregierung Schwierigkeiten bereitet werden. Nicht ehrliche Arbeit, sondern blöder Gimpelfang soll den Nazis zur Macht verhelfen.

UNSERE JUGEND

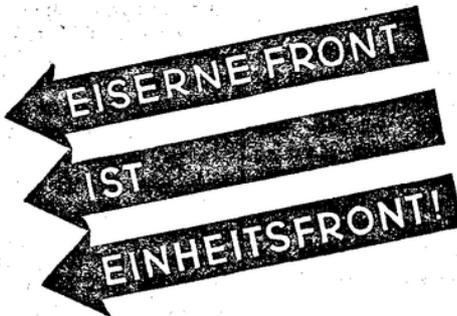
Die Junggärtnergruppe in der Ortsverwaltung Königsberg i. Pr.

Die Initiative zur Gründung einer Junggärtnergruppe in Königsberg ergriffen im vorigen Jahre zwei junge Berufskollegen, die durch ihre bisherige Verbandsarbeit den Eindruck gewonnen hatten, daß unser allgemeines Versammlungsleben besonders unsere jungen Verbandskollegen wenig befriedigt. Die regelmäßig wiederkehrenden Berichte über den Verlauf der Tarifbewegungen und über die wirtschaftliche und politische Situation fesseln eben den jungen Menschen, der weitergehende Ansprüche an seine Organisation stellt, nicht vollständig, und so fand man sich zunächst in der Gehilfenbude einer Handelsgärtnerei im ganz kleinen Kreise zusammen, um die Grundlage zum Aufbau einer Junggärtnergruppe zu schaffen. Die Ortsverwaltung des Gesamt-Verbandes förderte diese Bemühungen durch Bereitstellung eines Versammlungsraums als Jugendheim. In der ersten Zeit wollte die Arbeit eigentlich nicht recht gelingen. Die Gesamtteilnehmerzahl an den Abenden der Junggärtnergruppe stieg wenig über 20. Im Winter 1931 wurden die Zusammenkünfte überhaupt aufgegeben, weil der größte Teil unserer jungen Kollegen erwerbslos wurde und durch einen besonderen Erwerbslosenkursus unserer Ortsverwaltung betreut war.

Erst im Frühjahr 1932 lebten unsere Zusammenkünfte wieder auf. In den Mittelpunkt der Arbeit wurde die Agitation in den Gartenbaubetrieben gestellt. Besonders die jüngeren Verbandskollegen, die schon längere Zeit dem Verband als Mitglied angehörten, stellten sich für diese Arbeit zur Verfügung und besuchten in kleinen Kolonnen die unorganisierten Berufskollegen in den Betrieben, um sie für die Veranstaltungen der Junggärtnergruppe zu gewinnen. Am frühen Sonntagmorgen radelten unsere Kollegen los in die Betriebe und verteilten Flugblätter und Versammlungseinladungen. Durch diese unausgesetzte Sonntag für Sonntag durchgeführte Werbearbeit ist es gelungen, das Interesse unserer Berufs-

kollegen an den Veranstaltungen der Junggärtnergruppe wesentlich zu steigern. Die Zahl der Teilnehmer an unseren Veranstaltungen stieg bis auf 40. Es gelang weiter, auch einige Kolleginnen aus der Blumenbinderei für unsere Arbeit zu interessieren, so daß das Leben in unserer Junggärtnergruppe viel reger geworden ist. Es war unser Bestreben, unsere jungen Kollegen selbst an die Arbeit zu fesseln. Wir haben einen Vorstand gebildet, der in jedem Monat eine Versammlung der Jugendgruppe einberuft, in der regelmäßig ein Monatsprogramm aufgestellt wird. Die Zusammenkünfte finden an jedem Mittwochabend in unserem Jugendheim statt. Das Programm unserer Veranstaltungen ist so gestaltet, daß alle Jugendkollegen daran mitarbeiten müssen. Sie lernen eine Versammlung leiten, ein Protokoll führen, einen Vortrag halten, einen Lesabend vorbereiten. In den Gruppenabenden wird Wert darauf gelegt, möglichst Abwechslung in die Gruppe hineinzubringen. Es finden Vorträge über berufliche, gewerkschaftliche und politische Fragen statt, so daß nach jeder Richtung der Wissensdurst unserer jungen Kollegen gestillt wird. An allen Abenden ist Gelegenheit zu Spiel und Unterhaltung geboten. Wir werden versuchen, auch den Sport und die Musik in unserer Gruppe zu pflegen, so daß wir hoffen können, am Schluß des Jahres eine noch größere Anzahl unserer jungen Berufskollegen an unsere Bewegung zu fesseln.

Die Arbeit ist nicht leicht, weil besonders die Nazis im Augenblick viele Hirne in den Gärtnereien gefangen halten. Aber auch diese Schwierigkeit werden wir überwinden, weil wir wissen, daß schon die engstirnige und unsoziale Einstellung unserer Nazi-Arbeitgeber ihre Gehilfen zum Eintritt in die Gewerkschaft veranlassen wird. Die Arbeit unserer Junggärtnergruppe ist heute allen jungen Berufskollegen so selbstverständlich geworden, daß niemand ihre Veranstaltungen mehr missen möchte. Schon das ist ein Beweis dafür, daß Junggärtnergruppen notwendig sind und überall in unseren Ortsverwaltungen gefördert werden sollten. Paul La u.



GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Verlängerung des Tarifvertrages für die Königsberger Handelsgärtnerei

Es ist uns in Königsberg nun doch gelungen, wieder einen Lohnvertrag für die Handelsgärtnereien zu schaffen. Die Arbeitgeber im Königsberger Erwerbsgartenbau waren zwar anscheinend bereits der Meinung, daß es nach den vielen Notverordnungen nun im Lohnabbau und in der Herabdrückung der Existenz der Arbeitnehmer überhaupt keine Grenzen mehr gibt. Sie kündigten deshalb den durch die Notverordnung bis zum 30. April 1932 verlängerten Lohnvertrag und verlangten unbeschwert von jeder Sorge um die Existenz ihrer Arbeitnehmer einen neuen Lohnabbau um 15 Proz., obwohl aus formalrechtlichen Gründen durch die Vorschriften der Notverordnung, keineswegs aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten, am 1. Januar 1932 bereits eine Lohnkürzung in Höhe von 15 Proz. und 7 Monate zuvor eine solche von etwa 10 Proz. vorgenommen war. Wäre man dem jetzigen Vorschlag der Arbeitgeber gefolgt, so erhielten hier gelernte Gärtnergehilfen Stundenlöhne von 36 bis höchstens 49 Pf.

Es bedarf an dieser Stelle keiner näheren Beweisführung, daß wir über solch einen Vorschlag überhaupt nicht diskutieren konnten. Darum waren denn auch die Verhandlungen zwischen den Vertragspartnern entgegen früheren Gewohnheiten nur sehr kurz und ergebnislos.

Doch der von uns in Anspruch genommene Schlichtungsausschuß hatte keine leichte Aufgabe. Seine Arbeit wurde noch erschwert, weil ein Vertreter der Arbeitgeber nicht einmal fähig war, die Lohnhöhe zu errechnen, die bei Erfüllung seiner Forderung auf 15prozentige Lohnkürzung herauskäme. Man verwechselte die geforderten Prozente mit den Lohnpennigen, so daß ihnen 15 Proz. von dem 58-Pf.-Lohnsatz gleichbedeutend war mit einer Lohnkürzung um 15 Pf. Diese Auffassung wurde selbst dem gewiß arbeitgeberfreundlichen Schlichtungsausschußvorsitzenden zu bunt und er verkündete schließlich im Schiedsspruch die unveränderte Verlängerung der bisherigen Löhne bis zum 31. März 1933. Wie nicht anders zu erwarten war, wurde dieser Spruch von den Arbeitgebern abgelehnt.

Nun hatte der Schlichter über unseren Antrag auf Verbindlichklärung zu entscheiden. Bei den Verhandlungen vor dem Schlichter über die Verbindlichklärung des Schiedsspruches mußte man aus den Ausführungen der Arbeitgebervertreter den Eindruck gewinnen, daß die Gärtnereibesitzer die unwirtschaftlichsten Menschen sind, weil zu jeder Berechnung unfähig. Alle Kulturen werden nach ihrer Darstellung völlig auf gut Glück gezüchtet. Wenn sie verkaufsfertig sind, verblühen sie und finden ihr Ende auf dem Komposthaufen, ohne daß der Arbeitgeber auch nur einen Pfennig aus seiner Arbeit gewinnt. Man wundert sich nur, daß bei solch einer Betriebsführung fortdauernd Gewächshausneubauten vorgenommen werden und sehr vornehm ausgestattete Luxusautos angeschafft werden können.

Es handelt sich da keineswegs etwa um Einzelercheinungen. Somohl im vorigen als auch in diesem Jahre haben eine ganze Reihe von Betrieben recht bedeutende Betriebserweiterungen vorgenommen, vornehmlich wurden neue Häuser für Tomaten- und Rosenkulturen errichtet. Zurzeit baut z. B. die Firma Kranz (Königsberg) gleich wieder zwei große Gewächshäuser. Es dürfte auch bekannt sein, daß die neuen Gärtneriedlungen in Ostpreußen im Gegensatz zu denen in anderen Gebieten recht gut voran kommen. Für die ausländische Einfuhr der Weststaaten sind bis nach Ostpreußen die Frachtsätze so hoch, daß den hiesigen Gärtnereien die Konkurrenz nicht schwer wird.

Der Schlichter wußte wohl auch die widerspruchsvollen Vorträge der Arbeitgeber durchaus zu würdigen und sprach gemäß unserem Antrag die Verbindlichkeit des Schiedsspruches aus, so daß wir in Königsberg für die nächsten Monate doch wenigstens geordnete Lohnverhältnisse in den Erwerbsgärtnereien haben, wenn die Löhne, 42 bis 58 Pf. je Stunde, auch nur recht bescheiden sind.

Interessant ist diese Bewegung noch unter einem anderen Gesichtspunkt. Unsere Arbeitgeber im Erwerbsgartenbau gehören politisch fast ausnahmslos zu den Nazis und lesen zusammen mit einem großen Teil ihrer Gehilfen täglich das hiesige Naziorgan, die „Preußische Zeitung“. In großen Lettern verkünden die Nazis

vor jeder Wahl in ihrer Presse, daß sie Gegner der Notverordnungen, der Lohn- und Unterstützungskürzungen sind. Die Naziorgane sind den Arbeitgeber-Pgs. anscheinend gut zu dem Zweck, in den Köpfen ihrer Gehilfen die falsche Meinung zu erwecken, daß sie keinen Lohnabbau erstreben. In der Praxis aber scheeren sich die Naziarbeitgeber den Teufel um die Parolen ihrer Partei, sondern fordern täglich und stündlich die Herabsetzung der Löhne und die Beseitigung der Tarif- und Arbeitsrechte ihrer Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter.

Sollten die verblendeten Gärtnergehilfen aus der SA. nicht doch endlich erkennen, daß sie politische Irrwege laufen? Diese Tarifbewegung und die Einstellung ihrer Arbeitgeber-Pg. sollte ihnen doch die Augen öffnen und ihnen beweisen, daß nur in der freien Gewerkschaft sie eine sichere Garantie für ihre Existenz finden. M. S.

Gärtnerautos im Dienste der Nazi-SA.

Wie wir einem ausführlichen Bericht der „Erfurter Tribune“ entnehmen, hat am 4. Juli in Erfurt ein Aufmarsch der Nazi-SA. stattgefunden, der sich durch besonders provokatorisches Auftreten in den Arbeitervierteln auszeichnete, obgleich das Aufgebot von zahlenmäßiger Schwäche war. Nur genau gezählte 820 Mann waren aus Erfurt und weitester Umgebung, wie Arnstadt, Weissenfeld, Gebeesee usw. zusammengeholt worden. Dabei ist es für unsere Kollegenschaft von besonderer Wichtigkeit zu erfahren, daß die Lastautos, mit denen die auswärtigen „Stürme“ herangeholt wurden, vornehmlich von Erfurter Gärtnereien gestellt worden waren.

Diese Feststellung dürfte für unsere Erfurter Kollegenschaft kaum eine Ueberraschung gewesen sein, denn die Nazigesinnung, die brutalen Unterdrückermanieren gewisser Samenbauunternehmer sind bekannt genug. Vielmehr dürften sich für diese Vorgänge die Kollegen überall im Lande und im besonderen die Arbeitermassen interessieren, die als Schreiber- und Kleingärtner bisher Kunden für Erfurter Sämereien waren. Es dürfte verständlich sein, wenn sie es ablehnen, in Zukunft mit ihren Groschen und Markstückchen dieser Nazigesellschaft das Lärmen und Stürmen zu erleichtern.

Zehn Pfennig Stundenlohn!

Wie die gegenwärtige Not Erwerbsloser und sich vor der Arbeitslosigkeit fürchtender Arbeiter systematisch ausgebeutet wird, darüber könnten wir Bände füllen lediglich mit Material aus gärtnerischen Betrieben. Der knappe Raum gebietet uns auf schlimmste Einzelfälle zu beschränken. Da wird uns folgendes von dem Krauter Wadowski in Schmellwitz (Brandenburg) berichtet: Der gehört natürlich auch zu den Erneuerern Deutschlands. Einer Arbeiterin fehlten vier Wochen zu einem neuen Antrag, durch den sie wieder in den Genuß der Unterstützung gekommen wäre. Sie bat ihn, er möge sie vier Wochen beschäftigen. Darauf ging er ein.

Die Frau arbeitete treu und brav jeden Tag ihre zehn Stunden herunter. Als sie jedoch am Schluß der Woche nach Geld kam, war es damit nichts. Die Frau ließ es sich nicht verdrießen, sie brachte auch die zweite Woche Arbeitsleistung bei W. hinter sich. Auf ihre Mahnung am Wochenende, ihr doch nun den Verdienst auszuzahlen, hatte W. nur die Antwort übrig: „Ich habe Ihnen doch einen Gefallen getan, indem ich Sie in meinem Garten arbeiten ließ? Ich war der Ansicht, daß Sie umsonst arbeiten würden.“ Nachdem die Frau dem Gärtner ins Gewissen geredet und auf ihre Notlage hingewiesen hatte, zahlte W. dann zehn Pfennig Stundenlohn.

Was sollte sie machen. Die vier Wochen, die ihr zum neuen Antrag fehlten, wollte sie auf alle Fälle zusammenbringen. Aus diesem Grunde nahm sie das Kreuz der weiteren Arbeitsleistung für eine Mark pro Tag auf sich. Das ist so ganz nach dem Herzen der Nazi-„Unternehmer-Pg.“ — Zahlt es ihnen heim am 31. Juli, am Tage der Reichstagswahl! Alle Gewerkschaftler wählen die Kandidaten der SPD!

Verbote von Arbeitskämpfen

In den meisten wirtschaftlich bedeutenden Ländern herrscht das Bestreben, mit Hilfe von Einrichtungen zur Schlichtung von Gesamtstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Vermeidung von Arbeitskämpfen beizutragen. Eine ausführliche Darstellung dieser Einrichtungen, die ihre wesentlichen Übereinstimmungen und Abweichungen von Land zu Land klar hervortreten läßt, enthält ein jüngst vom Internationalen Arbeitsamt veröffentlichtes Buch über „Grundfragen des Schlichtungswesens“. Die Untersuchungen des Amtes ergaben, daß zwar nahezu überall die Neigung besteht, staatliche Organe mit dem Einigungs- und Schiedswesen zu befassen, daß aber deren Aufgaben und Befugnisse sehr verschieden gestaltet sind. Während in manchen Ländern noch an dem Grundsatz festgehalten wird, nur die Möglichkeiten der Einigung zwischen den Parteien zu fördern, hat sich in anderen Ländern der Schiedsgrundsatz in mehr oder weniger weitgehendem Maße durchgesetzt.

Es soll nicht bestritten werden, daß das Schlichtungswesen den Arbeitern im allgemeinen Nutzen gebracht hat. Oft aber ist es überspannt worden und hat nachteilig gewirkt, namentlich durch zeitweilige oder allgemeine Verbote von Arbeitskämpfen, wie sie in Ländern mit Zwangsschiedssprechung und auch in einigen anderen Ländern bestehen.

Zwangsschiedssprechung gibt es einmal in Australien, also einem ausgesprochen demokratischen Staatswesen, sowie in Italien und Rußland, zwei Staaten, deren Verfassungs- und Rechtswesen genau gegenteilig gestaltet sind. Arbeitseinstellungen sind aber hier wie dort allgemein verboten.

Ueberdies sind in einer Reihe von Ländern, die die Zwangsschlichtung von Arbeitsstreitigkeiten nicht kennen, Streiks und Aussperrungen für die ganze Dauer des Schlichtungsverfahrens oder für gewisse Fristen verboten. Dazu gehören Belgien, China, Indien, Kanada, Neuseeland, Norwegen, Rumänien, Südafrika und einige Gliedstaaten des australischen Bundes, die die Schlichtung von Streitigkeiten, die nicht über ihr Staatsgebiet hinausreichen, durch eigene Gesetze regeln. In Deutschland sind Streiks und Aussperrungen während des Schlichtungsverfahrens in Betrieben verboten, die der Versorgung mit Gas, Wasser und Elektrizität dienen. (Notverordnung vom 20. November 1920.)

In Einzelheiten weichen die aufschiebenden Kampfverbote der genannten Länder voneinander ab; das gilt namentlich hinsichtlich der Abgrenzung der Streitigkeiten, für die das Kampfverbot gilt, des Begriffes von Streiks und Aussperrung, den sie zugrunde legen, der Dauer des Kampfverbots, sowie endlich hinsichtlich der straf- und zivilrechtlichen Folgen seiner Uebertretung.

Ohne Rücksicht auf die Art und Bedeutung der betroffenen Betriebe besteht ein aufschiebendes Verbot von Arbeitskämpfen in Belgien, China, Norwegen und drei australischen Staaten. In Rumänien gilt das nur für Betriebe mit mindestens zehn Personen, in Kanada für gemeinnützige Betriebe mit mindestens zehn Personen, in Indien und Südafrika für gemeinnützige Betriebe.

In Belgien, China, Kanda, Rumänien, Südafrika und in zwei australischen Staaten gilt das Verbot von Streiks und Aussperrungen für die ganze Zeit der Verhandlung vor dem Schlichtungsorgan bis zur Feststellung, daß die Einigungsmöglichkeiten erschöpft sind. In einigen Ländern dagegen gilt das Kampfverbot nicht für die ganze Dauer der Schlichtungsverhandlung, sondern nur während bestimmter Fristen, vor deren Ablauf ein Streik oder eine Aussperrung nicht erklärt werden darf, wie in Indien, Neuseeland und Neusüdwales. Die Fristen betragen gewöhnlich vierzehn Tage bis einen Monat. Der Sinn dieser Vorschriften ist natürlich, den Schlichtungsbehörden rechtzeitig Gelegenheit zum Eingreifen und zur friedlichen Beilegung der Streitigkeiten zu geben.

Wo aufschiebende Kampfverbote bestehen, die nicht fristmäßig begrenzt sind, ist die Gefahr einer Verschleppung des Verfahrens vorhanden, sei es infolge Nachlässigkeit der Schlichtungsstelle oder infolge des Verhaltens einer Partei, die an der Verschleppung Interesse hat, um auf diese Weise die Gegenpartei zu benachteiligen. Deshalb enthalten z. B. das norwegische oder das kanadische Schlichtungsgesetz Sicherungen gegen Verschleppungsgefahr.

Für den Fall der Verletzung der aufschiebenden Kampfverbote sind gewöhnlich Strafen angesetzt. Manchmal hat die Nichtachtung der diesbezüglichen Vorschriften auch zivilrechtliche oder arbeitsrechtliche Folgen. Strafrechtlich geahndet wird die Verletzung der Kampfverbote in Indien, Kanada, Neuseeland, einigen australischen Staaten, in Norwegen, Südafrika und Rumänien. In Kanada z. B. betragen die Geldstrafen gegen Arbeitgeber 100 bis 1000 Dollar, für Arbeitnehmer 10 bis 50 Dollar für jeden Tag. In Indien, Norwegen, Rumänien, Südafrika und Südafrika kann auch auf Freiheitsstrafe erkannt werden.

In Neuseeland kann gegen Verbände der Arbeitnehmer, die das aufschiebende Kampfverbot übertreten, mit der Entziehung gewisser Rechte vorgegangen werden, die ihnen sonst zustehen. Damit kann der Weiterbestand der betreffenden Organisationen in Frage gestellt werden. Andere arbeitsrechtliche Folgen ergeben sich in Belgien. Wenn hier ein Arbeitgeber vorzeitig eine Aussperrung oder einen Ausstand verschuldet, so werden die betroffenen Arbeitnehmer den unfreiwillig Arbeitslosen gleichgestellt und erhalten Arbeitslosenunterstützung. Umgekehrt gehen Arbeitnehmer, wenn sie vorzeitig in den Ausstand treten, der Ansprüche auf Unterstützung aus der Arbeitslosenkasse und aus dem Krisenfonds verlustig.

Anlaß zu den aufschiebenden Kampfverboten gab die Erwägung, daß eine Einigung nach Ausbruch des offenen Kampfes meist wesentlich schwieriger ist als vorher. In der Schrift des Internationalen Arbeitsamtes wird diese Erwägung als beachtlich anerkannt. Trotzdem — wird weiter gesagt — mag dahingestellt bleiben, ob ein Verbot des Arbeitskampfes, auch nur für eine beschränkte Zeit, die zweckmäßigste Maßnahme ist, um diesen Schwierigkeiten begegnen zu können. Jedenfalls darf nicht verkannt werden, daß eine falsche Handhabung des Verbots zu groben Unbilligkeiten gegenüber dem einen oder dem anderen Teil führen kann, der etwa durch Verschleppung der Verhandlungen um seine zu einem bestimmten Zeitpunkt vielleicht besonders günstigen Kampfaussichten gebracht werden kann. Namentlich von Arbeitnehmerseite ist meist bestritten worden — und mit Recht, daß die Gefahr unbilliger Ausnutzung des Verbots durch entsprechende Sicherungsvorschriften völlig beseitigt werden kann. Die Arbeitnehmer betrachten deshalb auch derartige Verbotsmaßnahmen mit Mißtrauen und bekämpfen sie vielfach.

H. Fehlinger.

Aus unserer Bewegung

Hof, „Die RGO. im Gesamt-Verband in Offensive“, so verkündete hochtrabend und siegesicher die „Arbeiterstimme“ in ihrer Nr. 9 vom 27. Juni 1931. Seit dieser bombastischen Ankündigung ist ein volles Jahr vergangen und man hätte der Meinung sein müssen, daß von dem Gesamt-Verband nichts mehr übrig sein könnte. Der Gesamt-Verband erfreut sich aber heute nicht nur mehr denn je, dank der Treue seiner Mitglieder seines Lebens, sondern er ist auch in der Lage, allen Anstürmen ein Paroli zu bieten. Ein glänzender Beweis hierfür ist die am 2. Juli durchgeführte Wahl des Betriebsrates des Stadtbauamtes Hof gewesen. Zum ersten Male seit Bestehen des Betriebsrätegesetzes war zu verzeichnen, daß eine zweite Liste eingereicht wurde. Die Drahtzieher der RGO, glaubten das Feld behaupten bzw. den Sieg über die sogenannten Sozialfaschisten an sich reißen zu können. Aber sie hatten die Rechnung ohne den Wirt, in diesem Falle ohne die freigewerkschaftlich organisierten Kollegen des Bauamtes gemacht. Ganze 13 Männlein folgten den Moskauparolen und gerade noch reichten die paar Stimmen aus, den Herren von der KPD, den 6. Sitz zu retten, während die ersten 5 Sitze auf die vom Gesamt-Verband eingereichte Liste 1 entfielen. Wenn nur noch ein paar organisierte Mitglieder des Gesamt-Verbandes an die Wahlurne gegangen wären, so hätten die RGO-Männer das Nachsehen gehabt und sich mit einem Erfahmann begnügen müssen. Daraus muß die organisierte Arbeiterschaft ersehen, wie es bei allen Wahlen auf jede einzelne Stimme ankommen kann. Der Ausfall auch dieser Wahl zeigt, daß die Arbeiterschaft in Treue zu ihrer Gewerkschaft steht, und so soll und muß es bleiben für alle Zukunft.

Bonzen und Oberbonzen

Was ist ein Bonze? Eigentlich ein buddhistischer Priester. In der Nazisprache ist es ein ehemaliger Arbeiter, der jetzt als Parteifunktionär sein Amt innehat, oder einer, der auf Grund seiner persönlichen Eignung und seiner Parteizugehörigkeit in ein staatliches Amt berufen wurde.

Braun, Severing und Wels, Pieck, Münzenberg und Thälmann sind nach dieser Anschauung Bonzen.

Was aber ist in dieser Sprache Adolf Hitler? Der war früher Anstreicher oder Dekorateur, ist nach dem Kriege Parteihauptling geworden und lebt seit zehn Jahren von den Geldern seiner Partei. Er ist also ein Oberbonze! Mehr noch: Um deutscher Staatsangehöriger zu werden, wurde er zum Schein und ohne jede Kenntnis zum braunschweigischen Regierungsrat ernannt — er ist also Bonze in doppelter Eigenschaft.

Was ist Herr Straßer? Er war früher Apotheker in Landslut i. B. Seit zehn Jahren lebt er von der Partei, ist Organisationsleiter der Nazi, also in ihrer Sprache ein Bonze.

Was ist Herr Klages in Braunschweig? Auf Grund seiner Nazizugehörigkeit Minister des braunschweigischen Staates geworden, würde auf ihn die gleiche Bezeichnung zutreffen.

Was ist Herr Röver, Ministerpräsident in Oldenburg? Er war Handlungsgehilfe in einem Kaffeegeschäft, ist seit 1928 Gauleiter der Nazi-Partei und wurde von der Partei bezahlt. Jetzt ist er Ministerpräsident in Oldenburg, also in der Nazisprache ein ausgewachsener Bonze.

Goebbels, Graf Reventlow, Dr. Rosenberg, Feder, sie alle leben in irgendeiner Form von den nationalsozialistischen Partei- und Zeitungseinrichtungen, sind also Bonzen, Oberbonzen, Mandarine.

Der Reichstag hat unter 107 nationalsozialistischen Abgeordneten über 30 Bonzen, im Preussischen Landtag sind es doppelt

soviel! So widerlegen die Nazis ihre eigenen Schlagworte — die geboren wurden nur aus Haß gegen die Arbeiterklasse.

Schämen müßten sich die Leute, die sich selbst Arbeiterpartei nennen, und die sich selbst beschämen, indem sie jemanden die einfache arme Herkunft vorwerfen.

Oder haben diese Bonzen ihre Pflicht nicht getan?

Wer hat die Arbeitslosenversicherung in Deutschland eingeführt? — Die sogenannten Bonzen.

Wer hat die Säge der Invalidenversicherung herausgeholt? — Die sogenannten Bonzen.

Wer hat Mutterschutz und Wöchnerinnenfürsorge herbeigeführt? — Die sogenannten Bonzen.

Wer hat Millionen Armer aus den Miethäusern in Siedlungen untergebracht? — Die sogenannten Bonzen.

Wer hat die Heilverfahren in den Krankenkassenversicherungen und Städten eingeführt und Tausende in Erholungsheimen und Bädern untergebracht? — Die sogenannten Bonzen.

Wer hat die Theater für die Leute aus dem Volk erst geöffnet? — Die sogenannten Bonzen.

Mit Anerkennung ist die Tätigkeit sozialdemokratischer Bürgermeister, wir nennen Beims in Magdeburg, Brauer in Altona, Heimerich in Mannheim, Maché in Breslau und viele andere, auch von den Gegnern stets beurteilt worden, weil sie der Gesamtheit ihrer Bürger dienten.

Die Bonzen der Nazis haben bisher nicht gezeigt als ihr großes Maul. Sie haben weder in Thüringen noch in Braunschweig, noch in Mecklenburg Vorbildliches geschaffen, sondern die Entwicklung rückwärts gedreht und dasselbe auch jetzt im Reich begonnen. Deshalb:

Nieder mit den Bonzen des Hegenkreuzes!

Paul Löbe.

Neues aus dem Braunen Haus

Das gebrochene Herz. „Die Brechung der Zinsknetschaft ist das Herzstück unseres Programms“, ist „die stählerne Achse, um die sich alles dreht“, erklärt der Parteipapst der Nationalsozialisten, Gottfried Feder, und stellt noch ausdrücklich fest: „Durch diese grundlegende Forderung allein unterscheiden wir Nationalsozialisten uns von allen anderen Parteien oder Verbänden und Bündeln.“ (S. 112 des Nationalsozialistischen Jahrbuches 1927.) In der Zwischenzeit haben Hitler und sein Troß bei Bank- und Börsenfürsten gefrühstückt, und bereits am 4. Dezember 1930 sah sich Gottfried Feder gezwungen, auf Grund seiner intimen persönlichen Bekanntheit zu versichern, die Herren vom Braunen Haus wüßten „den soliden Privatbankier“ zu schätzen. Mißtrauisch aber haben die Herren auf das Programm verwiesen, in dem Feder die Zinsknetschaft heldenhaft bricht. In der neuen Auflage seines „Deutschen Staat“, den Hitler als „den Katechismus der Bewegung“ bezeichnet, vermerkt Feder schlankweg: „Hat das Darlehen den Darlehensnehmer in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit so gestärkt, daß er erheblich größere Gewinne machen konnte, so kann man es als Akt der Billigkeit oder Dankbarkeit ansehen, wenn der Darlehensnehmer dem Darlehensgeber außer der Rückzahlung des Geldes einen gewissen Anteil an seinem Gewinn zukommen läßt“ (S. 64). „Gewinnanteil“ pflegt man sonst schlicht und einfach Zins zu nennen, und das Dritte Reich wird sich vom „System“ nur dadurch unterscheiden, daß man den Zins „aus Dankbarkeit“ zahlt. — Das Herz ist gebrochen, es klickert braun...

Alles kannst du von mir haben... Die Bank- und Börsenfürsten haben durch ihr Frühstück und manchen guten Scheck „die stählerne Achse“ des Nationalsozialismus verbogen, die Schwerindustriellen haben durch ihr Geld ebenfalls eine Programmänderung der Hitler-Partei erreicht. Bisher hieß der Punkt 13 im Nazi-Programm: „Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Truste) werden verstaatlicht“ (S. 50). Jetzt erklärt Gottfried Feder, die Nationalsozialisten haben so viel von der Schwerindustrie erhalten, daß sie aus Dankbarkeit den Schlotbaronen auch auf dem Papier nicht wehe tun; jetzt heißt der Punkt 13 nur noch: „Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Truste) werden bekämpft.“ Und wenn ein Geldgeber der Nationalsozialisten sagt: „In eurem Programm steht doch: „Gemeinnutz vor Eigennutz“, so beruhigt der Nazi-Katechismus: „Daß die Grenze für das Eigentum

übrigens sehr hoch gezogen werden kann, geht daraus hervor, daß der Nationalsozialismus auch größte industrielle Werke, solange sie im Privatbesitz der Schöpfer bleiben (wir denken an Krupp, Mannesmann, Thyssen usw.) keineswegs als den Interessen der Gesamtheit zuwiderlaufen ablehnen wird“ (S. 22). Die Riesenbetriebe aber werden so „bekämpft“: „Auch gegen die Produktionsformen der sogenannten Schwerindustrie ist von nationalsozialistischen Standpunkt aus nichts wesentliches einzuwenden“ (Seite 67).

Vorbildliches Verbrechen. „Der Zusammenbruch der Werksparkasse der A. Borjig G. m. b. H.“ Dieser Vorgang kann nicht scharf genug verurteilt werden. Er stellt ein Verbrechen an der Arbeitnehmerchaft dar, das nur durch volles Eintreten des Staates für die Forderungen der Borjig-Sparer einigermaßen gutgemacht werden kann. — Das läßt Goebbels seine jungen Leute in der „Deutschen Volkswirtschaft“ schreiben, denn Herr Borjig ist pleite und kann Herrn Hitler zur Zeit kein Geld geben. Früher allerdings hat Hitler (nach dem Zeugnis des völkischen Abgeordneten v. Ramin „Deutsches Tageblatt“ vom 1. März 1927) bei Herrn Borjig „nicht nur Geld bekommen, sondern sich in dessen Büro auch Instruktionen geholt“. Deshalb schreibt der Nazi-Katechismus noch, daß „Männer wie Alfred Krupp, Mannesmann, Werner v. Siemens, Thyssen, Borjig, Krauß, Maffai usw. sich auch in sozialer (!) Hinsicht einen Ehrenplatz in der Geschichte der deutschen Industrie gesichert haben“. Gottfried Feder ist der Auffassung, daß Nazi-Geldgeber sich „einen Ehrenplatz“ gesichert haben, Goebbels junge Leute sind der Meinung, daß diese Ehrengalerie sich im Verbrecheralbum befände. W. A.

WIRTSCHAFT UND POLITIK

SPD.-Erfolg für erwerbslose Rundfunkhörer. Auf Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Herz im Verwaltungsrat der Reichspost wurde beschlossen, mit Wirkung vom 1. August die Rundfunkgebühren auch solchen Erwerbslosen zu erlassen, denen die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung nach Ablauf von 36 Tagen (6 Wochen) wegen Hilfsbedürftigkeit weiter gewährt wird. Diese Bestimmung soll auch auf Arbeitslose im freiwilligen Arbeitsdienst sinngemäß Anwendung finden.

FÜR DIE FRAUEN

Die Frauen entscheiden

Wieder stehen wir vor einer Reichstagswahl, an der jeder Deutsche interessiert sein muß, nicht etwa nur die Männer, auch die Frauen. Ja, ich möchte fast sagen, vor allen Dingen die Frauen, denn sie stellen zahlenmäßig die Uebermacht dar. Die Frauen entscheiden. Das wissen alle Parteien, und deshalb werben sie eifrig gerade um die Frauenstimmen, trotzdem die meisten Parteien Sturm liefen gegen das Frauenstimmrecht. Um festzustellen, wie die Frauen wählen, wurde bei früheren Wahlen in manchen Gegenden Deutschlands die Wahl getrennt nach Geschlechtern vorgenommen. Als Ergebnis war zu buchen, daß die Frauen viel weniger die Arbeiterparteien wählten als die Männer. Die bürgerlichen Parteien und besonders auch das Zentrum haben einen stärkeren Zulauf der Frauen. Also haben die bürgerlich wählenden Arbeiterfrauen die Wichtigkeit ihrer Stimmenabgabe noch nicht erkannt. Sie haben noch nicht erkannt, daß sie sich selbst schädigen, wenn sie die bürgerlichen Parteien stärken helfen. Gerade die Frauen der arbeitenden Klasse spüren die Not der Jetztzeit am ehesten. Arbeitslosigkeit des Mannes oder mehrerer Familienmitglieder, schlechte und ungesunde Wohnungsverhältnisse, niedrige Löhne, diktiert durch Notverordnungen bei gleichbleibenden Preisen der Waren, wirken sich am ehesten in den Arbeiterfamilien aus. Schlimmer noch ergeht es den Millionen Erwerbslosen durch Kürzung der Unterstützungen unter das Existenzminimum durch die Regierung der Junker und Barone, die ja selbst keine Unterstützungen brauchen, aber Subventionen (zu deutsch: Unterstützungen) zur Sanierung ihrer Großgüter gern nehmen. Die Arbeitslosigkeit des Mannes bedingt, daß die Frau in vielen Fällen einen Erwerb nachgehen und so oftmals eine doppelte, ja sogar dreifache Belastung auf sich nehmen muß, nämlich Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Mutterchaft. Die Folge ist Zermürbung der körperlichen und seelischen Kräfte der Frauen und oftmals sogar eine Zerrüttung des Ehe- und Familienlebens. Und weil dem so ist, müssen besonders die Frauen des Proletariats mitwirken, diesen Mißständen ein Ende zu bereiten. Sie können dies, wenn sie bei den Wahlen der Partei ihre Stimme geben, die den Arbeitnehmern zu einem menschenwürdigen Dasein verhelfen will, die ehrlich für gleiche Rechte für Männer und Frauen eintritt. Die Frauen haben durch ihre Ueberzahl die Möglichkeit, die Wahlen entscheidend zu beeinflussen.

Was ist deshalb notwendiger als Aufklärungsarbeit unter den Frauen. Bei den freigewerkschaftlich organisierten setzt man voraus, daß sie wissen, was ihre Pflicht am Wahltage ist. Die ganz gleichgültigen Frauen sind meist die Hausfrauen, die nur für ihre Familie leben und keine Erwerbsarbeit nebenbei leisten. Deshalb möchte ich besonders an die Gewerkschaftskollegen appellieren, nicht nur in Betrieben Politik zu betreiben, sondern vor allen Dingen erst einmal im eigenen Heim. Politische Schulung der eigenen Frau muß Pflicht eines jeden Gewerkschafters sein. Es geht hier um Tausende von Stimmen von Arbeiterfrauen, die für die Arbeiterparteien gewonnen werden können, wenn der eigene Mann seine Frau politisch aufklärt. Die Frage der politischen Schulung wird bei allen Wahlen akut und wird von allen Parteien erörtert. Daß sich aber auch die Frauenvereine mit dieser Frage beschäftigen, geht aus einem Artikel der Februar-Nummer d. J. der Zeitschrift „Die Frau“, dem Organ des Bundes Deutscher Frauen-Vereine, besonders hervor. In diesem Artikel führt Dr. Hildegard Mönckemeyer u. a. aus,

„daß es ein Problem erster Ordnung sein müsse, die Masse der Frauen politisch zu schulen.“

Sie ist der Meinung, daß Volksschulen für Politik gegründet werden müssen, die allen Frauen offenstehen. Wenn sie aber meint, daß die Frauen politisch geschult werden müssen, „selbstverständlich unter peinlichster Außerachtlassung jeglicher Parteibindungen“, so frage ich: „Kann man Frauen überhaupt Politik näherbringen, ohne die Ziele der einzelnen Parteien kritisch zu erläutern?“ Es ist unmöglich, Politik verständlich zu machen, ohne dabei politisch zu werden, ohne also für irgendeine Partei — wenn auch nur indirekt — zu werben.

Dazu kommt noch etwas anderes. Der Gedanke einer eigenen Frauenpartei ist, solange die Frauen das Stimmrecht besitzen, immer wieder von Zeit zu Zeit aufgetaucht. Erst am 24. August vorigen Jahres veröffentlichte die „Welt am Montag“ einen Artikel von Dr. Anne-Marie Durand-Wever, in der dieselbe alle Frauen auffordert, sich an der Gründung einer eigenen Frauenpartei zu beteiligen. Sie führt in ihrem Artikel u. a. wörtlich aus:

„Eine Frauenpartei, die auch nur zwanzig Delegierte im Reichstag stellen kann, wird mehr Einfluß gewinnen auf die internationale und nationale Politik, als die Gesamtheit der bisher vorhandenen weiblichen Abgeordneten, zumal ihre Zahl stark im Schwanken ist.“

Diesen Optimismus von Frau Durand-Wever kann ich durchaus nicht teilen. Wir haben jetzt 577 Abgeordnete im Reichstage. Unter diesen befinden sich bei 39 Frauen allein 28 Vertreterinnen der Arbeiterparteien, von denen mehr als die Hälfte der Sozialdemokratie angehören. Wenn nun eine Frauenpartei 20 Abgeordnete hätte, so würden diese in allen Angelegenheiten von den Männern glatt überstimmt werden. Sie könnten also überhaupt keinerlei Einfluß auf die Geschicke der Frauen ausüben. Und selbst wenn eine Frauenpartei mehr als 20 Abgeordnete entsenden könnte, so kann für uns Frauen des Proletariats eine Frauenpartei überhaupt niemals in Frage kommen, denn wir fühlen uns verbunden mit den Männern als Arbeits-, Klassen- und Schicksalsgenossen, zumal die weiblichen Abgeordneten in jeder Partei leichter in der Lage sind, die männlichen Kollegen von den Interessen und Nöten der Frauen zu überzeugen. Die Fragen der Regelung der Arbeitszeit, der Arbeitsbedingungen, der Arbeiterlosgesetzgebung, der Sozial- und Versicherungsgesetzgebung, des Betriebsrätemens usw. interessieren Männer und Frauen gemeinsam. Wir kämpfen deshalb gemeinsam mit den Männern in den freien Gewerkschaften für den Ausbau dieser Gesetzbestimmungen, wir kämpfen gemeinsam mit ihnen für unsere Lebensgestaltung und überhaupt für soziale Gerechtigkeit.

Heute wird von den Frauen als Selbstverständlichkeit hingegenommen, daß sie das Wahlrecht besitzen. Wer hat aber den Frauen das Wahlrecht erkämpft? Ist es schon vergessen, wie heiß sich August Bebel, wie warm sich die Sozialdemokratie für das Wahlrecht der Frauen eingesetzt hat?

Dankbar wollen wir unseren alten Vorkämpfern dafür sein, daß sie für uns das Stimmrecht erstritten haben. Unsere Dankbarkeit zeigen wir dadurch, daß wir uns auch in der Parteiarbeit mit den Männern verbinden, gemeinsam mit ihnen kämpfen, gemeinsam mit ihnen zu unserer Sache stehen. Die arbeitenden Frauen wählen deshalb die Partei, die nicht durch phrasenhafte Worte und Versprechungen Stimmensfang treibt, sondern die ehrlich kämpft für die Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer, nämlich die Sozialdemokratie. Die Frauen entscheiden.

Jo hanna Richter, Dresden.

Kampf dem Faschismus

Leider macht man sich im allgemeinen über den Nationalsozialismus bzw. den Faschismus keinen richtigen Begriff. Teilweise trifft man sogar in unseren Reihen Leute, die der Meinung sind, daß man diese Bewegung einmal ans Ruder kommen lassen müsse. Sie würde sich dann rasch von selbst abwirtschaften. In der vom Bund der freien Gewerkschaften Oesterreichs herausgegebenen Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ wird der Faschismus bzw. sein deutscher Ableger, der Nationalsozialismus, vom Genossen Wilhelm Ellenbogen sehr richtig folgendermaßen charakterisiert:

„Der Faschismus entsteht als eine rein konterrevolutionäre Abwehrbewegung der Agrar- und Industriekapitalisten gegen die wachsende Macht der Arbeiterklasse und bleibt es, solange er nicht zur Macht gelangt ist. Der Faschismus ist eine Kleinbürgerliche Bewegung, die die Mittelschichten zu rebellierenden Aktionen veranlaßt. Die Vereinigung dieser beiden Elemente bedeutet die raffinierteste, aggressivste, skrupelloseste und bisher auch erfolgreichste Form der Bekämpfung des Proletariats, die es jemals gegeben hat. Der Faschismus arbeitet mit den Mitteln der schamlosesten Demagogie und des hemmungslosesten Verbrechens, er versteht es, durch Anpassung an die edelsten und an die gemeinsten Instinkte der Volksmassen, durch meisterrhafte Ausnutzung der politischen Uniformiertheit der Mittelschichten, der politischen Unreife der Jugend und der durch den Krieg herausgebildeten Neigung zu unbefehrten Gewaltmethoden, breite Volksschichten an seine Fahnen zu fesseln, und ist auch sein Erfolg sicher nur vorübergehend, so vermag er doch in der Zeit seines Aufstieges und seines Machtbesitzes der Arbeiterbewegung furchtbaren, jahrzehntelang nachwirkenden Schaden zuzufügen.“

Die richtige diese Kennzeichnung ist, haben wir in Deutschland zur Genüge feststellen können. Dieser Bewegung gegenüber kann es nur Todfeindschaft und schärfsten Kampf geben.

Politische u. wirtschaftl. Wochenschau

Die Reparationsverhandlungen wurden am 9. Juli in Lausanne abgeschlossen. Eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich wurde insofern erzielt, als Deutschland folgendem zugestimmt hat: Das Deutsche Reich erhält ein Totalmoratorium von drei Jahren. Danach hat es die Verpflichtung, 3 Milliarden Reichsmark zu bezahlen, die in Form von Reichsschuldverschreibungen der BIZ. in Basel als Treuhänderin übergeben werden. Vom 1. Juli 1935 an können diese Schuldverschreibungen zum Verkauf an den verschiedenen Geldmärkten aufgelegt werden. Mit der Hinterlegung der Reichsschuldverschreibungen werden die 460 Millionen Reichsbahnobligationen für die ungeschützte Young-Plan-Annullität aus dem Hoover-Moratorium an Deutschland zurückgegeben.

In Berlin wurde durch eine gewaltige Demonstration der Eisernen Front am 4. Juli, die die größte Kundgebung seit den Revolutionstagen war, der Wahlkampf eröffnet.

Die thüringische Regierung ist am 7. Juli zurückgetreten. Ursache dazu hat die Annahme eines von den Linksparteien angenommenen Antrages gegeben, der die Beseitigung der Warenhaussteuer für die Konsumvereine, die unter der Regierung Frick zustande kam, und die Aufhebung der Mietverordnung, die eine Mieterhöhung auch für die kleineren Wohnungen mit sich brachte, verlangte.

Im nationalsozialistischen Tscheka-Prozeß wurde der Angeklagte Danzeisen vom Münchener Strafgericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Er stiftete den Karlsruher Nazimann Horn mit noch 6 anderen Nationalsozialisten zum Mordversuch an dem Stabschef Röhm, dem Adjutanten Graf Moulin-Eckhardt und dem Ingenieur Bell an.

Verboten wurden die „Kölnische Volkszeitung“ (Ztr.) auf drei Tage, die „Frankfurter Volksstimme“ (SPD.) auf fünf Tage, die „Schlesische Bergmacht“ (SPD.) auf fünf Tage und der „Donaubote“ (Ztr.) auf drei Tage.

Die Deutsche Volkspartei hat faktisch aufgehört zu bestehen, nachdem der Abgeordnete Dr. Cremer, der Verbandsvorsteher Bechly vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband und die Reichstagsabgeordneten Thiel und Glatzel sowie der uns sehr bekannte Georg Streiter aus der Partei ausgetreten sind. Die übriggebliebenen Abgeordneten haben bei den Deutschnationalen Anschluß gesucht.

Gegen den nationalsozialistischen Bürgermeister Dr. Bühner in Dresden, der vor einigen Monaten von der SPD. zu den Nazis übergewechselt ist, ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, weil er durch eigenmächtige Finanzgeschäfte der Stadt einen Schaden von 7 bis 8 Millionen Mark verursacht hat.

Der politische Tageskampf in Deutschland hat in der Zeit vom 4. bis 10. Juli 1932 16 Tote und etwa 134 Verletzte gefordert.

Das französische Unterseeboot Prometée ist vor Cherbourg gesunken. 66 Mann der Besatzung fanden dabei ihren Tod.

Der Reichverband der Deutschen Presse hat am 7. Juli eine Entschließung gefaßt, die sich scharf gegen die Presseknebelung durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 ausspricht.

Die Sitzung des Preussischen Landtags war am 8. Juli nach heftigen Krawallszenen der Nationalsozialisten aufgefliegen, ohne zur Ministerpräsidentenwahl und zur Amnestiefrage endgültig Stellung genommen zu haben.

5 476 000 Erwerbslose wurden am 30. Juni gezählt, das ist also nur ein Rückgang von rund 93 000 gegenüber dem 15. Juni 1932.

30 Millionen dem ehemaligen Herzog von Altenburg hat das Reichsgericht am 10. Juli zugesprochen, obwohl er durch rechtsgültigen Vertrag im Jahre 1919 bereits mit 5,5 Millionen abgefunden wurde.

RUNDSCHAU

Folgerichtige Arbeitsbeschaffung. Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten legt den ersten Bericht für ein volles Geschäftsjahr vor. Diese Gesellschaft wurde vor zwei Jahren gegründet zu dem Zweck, die produktive Arbeitsbeschaffung in Angriff zu nehmen. Es war ihre Aufgabe, besonders schwierige Projekte zu begutachten und zu finanzieren. Unter Berücksichtigung der Wiederausleihungen sind seit der Gründung 75 Millionen Darlehen bewilligt worden. Als Darlehensschuldner fungieren Reich, Länder, Gemeinden, Zweckverbände, Genossenschaften und gemischtwirt-

schaftliche Unternehmungen. Von den bisher aufgewandten Mitteln entfielen 8,5 Proz. auf landwirtschaftliche, 42,8 Proz. auf Kraftgewinnungs-, Verkehrs- und Gasfernversorgungsanlagen, 35,1 Proz. auf Straßenbauten und 13,6 Proz. auf sonstige Tiefbauten. Neue Projekte wurden in Angriff genommen. Es sollen dafür etwa 35 Millionen eigene Mittel zur Verfügung gestellt werden. Man kann nur wünschen, daß die Gesellschaft auch fernerhin in die Lage versetzt wird, ihrem Programm gemäß zu arbeiten.

Ausgezeichnete Zigarillos

(Nr. 54) ca. 8 cm lang, voll. Format, nur 2 1/2 Pf. d. Stück (nur in Packg. zu 200 Stück). Pr. Qualität, sehr preisw. Garantie: Nichtgefallendes nehme auf meine Kosten zurück. — Versand per Nachnahme. Karl Pfattheicher, Zigarrenfabrik Blankenloch W 64 bei Karlsruhe

Von Lungenleiden genesen

„Mit Freude kann ich berichten, daß meine Cousine durch Silphoscalin-Tabletten von ihrem Lungenleiden vollkommen geheilt wurde. Die Aerzte wundern sich über die schnelle Genesung, ab alle müssen sie anerkennen. Dafür bin ich dankbar und werde Silphoscalin Überall empfehlen.“ L. U. in E. Durch das ärztlich empfohlene Silphoscalin kann die Hoffnung vieler Lungenkranker, Asthmatischer, Bronchitiker erfüllt werden. — Glas mit 80 Tabl. Mk. 3.— in allen Apotheken, bestimmt: Rosenapotheke 122, München 2 M 7. Interess. Brosch. gratis.

Beachtet unsere Inserate!

ALLES BILLIGER!

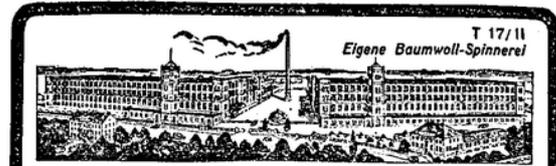
WERZEUG LISTE GRATIS WESTFALIA WERZEUGE MAGDENLÄ

EISU-Betten

Stahlzimmer
Stahlmatratzen
Kinderbett, Polster, Chaiselong, an jedem Teile
Katal. 295 (rel. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür))

Billige böhm. Bettfedern / Nur reine gutfüllende Sorten

Ein Kilo graue, geschliss. M. 2.50
halbweiße M. 3.—, weiße M. 4.—
bess. M. 5.—, 6.—, daunenweiche
M. 7.—, 8.—, beste Sorte M. 10.—
12.—, weiße ungeschliss. Rupfed.
M. 6.50 u. 7.50, beste Sorte M. 9.50.
Versandfranko zollfr. geg. Nachn.
Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachselt, Lobes Nr. 280 bei Pilsen (Böhmen)



Spinnereien / Webereien / Ausrüstung / Versand
(4000 Arbeiter und Angestellte.)

Jetzt grosse Fabrikreste

und sonstige zurückgesetzte Stoffe nach Gewicht

- Nr. 1 Weiße Stoffe, große Stücke, per Pfund . . . 95 Pfg.
- Nr. 2 Ungebleichte Tüche, gr. Stücke, p. Pfund . . . 90 Pfg.
- Nr. 3 Hemdenflanelle, große Stücke, per Pfund . . . 98 Pfg.
- Nr. 4 Stoffe für Schürzen, Kleider und sonstige Wächestoffe sortiert, große Stücke, per Pfund . . . 125 Pfg.

Abgabe von jeder Nummer 3 Pfund oder 6 Pfund oder 10 Pfund.

- Nr. 5 Weisses Hemdentuch, 80 cm, besonders solide, gute, mittelstarke, dicht, geklöppelte, träge Qualität. Diese vorzügliche Sorte ist ohne Appretur hergestellt, weshalb diese in der Wäsche leichter noch dichter wird. Ausnahmepreis per Meter 27 Pfg.
- Abgabe hiervon bis 100 Meter an einen Kunden.

Meine Garantie: Auf Wunsch sofortige Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten und sofortige Zurückzahlung des vollen ausgelegten Betrages.

Verband erfolgt per Nachnahme von Mt. 10.— an; ab Mt. 20.— postfreie Lieferung.

Josef Witt, Weiden 58 (Ostf.)

Größtes Webwaren-Spezialvertriebshaus der Art in Europa mit eigenen Spinnereien, mit eigenen Webwarenabriken und eigenem Andrückwert.